

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

GEORGE F. KENNAN

Das Amerikanisch-Russische Verhältnis

Mit Genehmigung der DEUTSCHEN VERLAGSANSTALT GMBH, Stuttgart, setzen wir in dieser Ausgabe mit dem dritten Vortrag „Die Jahre ohne formelle Beziehungen“ den Abdruck der Vorlesungen des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Moskau, George F. Kennan, über das Amerikanisch-Russische Verhältnis fort.

Die Jahre ohne formelle Beziehungen

Im letzten Vortrag haben wir die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bis zum Frühherbst 1918 verfolgt. Der Weltkrieg ging zu Ende. Alle amerikanischen Vertreter waren aus dem sowjetischen Gebiet abtransportiert worden. Dagegen waren amerikanische Truppen im Zuge einer gemeinsamen alliierten Intervention an zwei ganz verschiedenen und weit voneinander entfernten Punkten an Land gesetzt worden: das eine Kontingent in Wladiwostok, dem Ausgangshafen für die transsibirische Bahn am Stillen Ozean, das andere in Archangelsk am Weißen Meer, im hohen russischen Norden. In beiden Fällen waren die amerikanischen Truppen erst nach langem und energischem Drängen der anderen Alliierten entsandt worden. In beiden Fällen stand die amerikanische Regierung oder wenigstens ihr Präsident unter dem Eindruck, daß es sich nicht um einen militärischen Eingriff in die inneren russischen Verhältnisse handelte, sondern bloß um die Verteidigung des in diesen Häfen aufgestapelten, von den Alliierten schon vorher gelieferten Kriegsmaterials, um wirtschaftliche Hilfe für die schwer bedrängte russische Bevölkerung, und ferner, im Falle der sibirischen Expedition, um einen Nachschubdienst für die tschechischen Truppen, die gerade damals — wie Wilson meinte — versuchten, sich durch Sibirien den Zugang zum Stillen Ozean zu erkämpfen. Wir haben gesehen, daß die amerikanische Regierung die Besonderheiten der Lage weder in Sibirien noch in Nordrußland richtig verstanden hat. In beiden Fällen wurde sie von den eigenen Alliierten — ob aus Versehen oder mit Absicht — etwas irreführt. In beiden Fällen verfolgten die anderen Alliierten, die an diesen militärischen Unternehmungen teilnahmen, ihre eigen-

nen Ziele, über welche die Staatsmänner in Washington am Anfang sehr schlecht unterrichtet waren und die sie auch zu keiner Zeit weder billigten noch sich ganz zu eigen machten.

Unter solchen Umständen nimmt es nicht wunder, daß die beiden Expeditionen nicht nur ohne positives Ergebnis blieben, sondern zu traurigen, verworrenen und für keine der daran beteiligten Parteien besonders rühmlichen Zuständen führten, ja am Ende als vollkommen mißglückt betrachtet werden mußten.

Die kurze Zeit, die uns heute zur Verfügung steht, erlaubt es mir nicht, den außerordentlich komplizierten Verlauf der sibirischen Intervention darzustellen. In diesem enormen sibirischen Kessel gärten und kochten in den Jahren 1918 und 1919 die verschiedensten Elemente — die Tschechen, die Japaner, die Engländer, die Franzosen und vor allen Dingen die vielen russischen Parteien und Persönlichkeiten: die Bolschewiki selbst, die Sozialrevolutionäre, Admiral Koltshak mit den ehemaligen Offizieren, die sich ihm angeschlossen hatten, und die verschiedenen Kosakenführer, die sich — wie der berühmte Ataman Semjonow — als japanische Marionetten gebrauchen ließen. Was sich da alles zwischen diesen bunten Elementen abspielte, wie sie sich gegenseitig beeinflussten, was es da an Abenteuern, Kämpfen, Grausamkeiten und Überraschungen gegeben hat, läßt sich in dieser kurzen Zeit kaum andeuten. In dieses wimmelnde, brodelnde, unüberschbare Durcheinander wurden die 7000 amerikanischen Soldaten einfach hineingeschleudert. Sie waren von einem amerikanischen General kommandiert, dem General Graves, der später ein bekanntes Buch über diese Erlebnisse schrieb.

Graves war ein Mann, der — wenn er auch von Politik herzlich wenig verstand — an Willenskraft, Gewissenhaftigkeit und militärischer Sturheit keinem nachstand.

Anderthalb Jahre lang hatten die amerikanischen Soldaten nur die langweilige und eintönige Aufgabe, gewisse Strecken der sibirischen Eisenbahn — meistens nicht gerade die angenehmsten — zu bewachen. Nur einige Male nahmen sie an ge-

INHALT DIESER BEILAGE:

George F. Kennan:

Die Jahre ohne formelle Beziehungen

Roger Makins:

**Die Welt nach dem Kriege:
Die dritte Phase (S. 659)**

Gerhard Ritter:

Der Gegensatz zwischen Ost und West in den außenpolitischen Plänen der deutschen Widerstandsbewegung (S. 664)

ringfügigen Plänkeleien mit den Bolschewiki teil — und bei einer dieser Gelegenheiten, ohne zu wissen, was sie taten. Von den fieberhaften, chaotischen politischen Kämpfen, die um sie herum tobten, wußten sie sehr wenig. Der General wehrte sich entschieden gegen jeden Versuch, seine Soldaten zu überrumpeln, sie an der Ausführung ihrer Aufgaben zu hindern oder in politische Abenteuer zu verwickeln. Mit keinem seiner alliierten Kollegen stand er auf gutem Fuß; auch mit keiner der russischen Parteien;

mit allen zankte er sich (und nicht am wenigsten mit den Vertretern des eigenen Außenministeriums); alle wollten ihn und seine Truppe irgendwie für ihre eigenen politischen Ziele mißbrauchen; keinem gelang es, dies zu tun. Am Ende war er bei niemandem beliebt, aber geachtet von allen, was vielleicht das Beste war, was unter diesen Umständen von einem ehrenhaften Soldaten erwartet werden konnte.

Schon in den ersten Monaten nach der Landung entfielen, einer nach dem anderen, die Gründe für die Entsendung der amerikanischen Streitkräfte. Die Bedrohung Sibiriens durch deutsche Kriegsgefangene — ein Gespenst, mit dem die Alliierten dauernd versucht hatten, die Amerikaner in die Kämpfe gegen die Bolschewiki hineinzulocken — entpuppte sich als ein Märchen. Das Kriegsmaterial war nach Einstellung der Feindseligkeiten im Westen auch nicht mehr wichtig. Die Lage der Tschechen änderte sich bald grundsätzlich, und mit der Zeit wurden sie alle nach Hause abtransportiert. Von einer wirt-

Sieg der Kommunisten

So siegten am Ende in Sibirien doch die Kommunisten, und es ist vielleicht nicht ohne Nutzen, im Vorbeigehen die Gründe zu verzeichnen, aus denen es dazu kam. Die Kommunisten siegten, weil sie die einzigen waren, die eine starke einheimische Kampfbasis hatten, die nicht auf ausländische Unterstützung angewiesen waren, die eine strenge politische Disziplin einhielten und deren politische Linie, wenn sie auch keinen großen Enthusiasmus in der sibirischen Bevölkerung auslöste, wenigstens für die große Masse — und vor allen Dingen für die Arbeiter und Soldaten — nicht ganz abstoßend war. Ferner unterliegt es keinem Zweifel, daß den Bolschewiki durch die ausländische Intervention eher geholfen als geschadet wurde, woraus man vielleicht ein politisches Prinzip ableiten darf, und zwar, daß man von der Okkupation eines fremden Landes, wenn sie auch sonst unvermeidlich und berechtigt sein mag, nicht erwarten sollte, daß sie positiven politischen Zielen dienen könnte. Die bloße Anwesenheit einer fremden Truppe wird für alle politischen Ziele, die irgendwie mit ihr zusammenhängen, eine Belastung sein.

In Nordrußland nahm die Entwicklung einen ähnlichen, wenn auch nicht genau den gleichen Verlauf. Ein erheblicher Unterschied bestand allerdings darin, daß es hier eine einheimische politische Macht gab — die sogenannte Oberste Regierung des nördlichen Gebietes —, die sofort nach der alliierten Landung in Archangelsk gebildet worden war und von den Alliierten, wenn auch nicht als die souveräne Regierung Rußlands, so doch als die örtliche Vertretung der russischen Bevölkerung anerkannt wurde. Dazu kam noch, daß, was in Sibirien keineswegs der Fall war, die gesamten alliierten Verbände unter einem einzigen Kommando standen, und zwar unter dem Kommando eines englischen Generals. Aus diesen Gründen nahm die nördliche Intervention einen etwas planmäßigeren Verlauf

schaftlichen Hilfe für die russische Bevölkerung konnte wegen der verworrenen politischen Zustände keine Rede mehr sein. Zwar befaßten sich die anderen Alliierten schon ganz offen mit dem Kampf gegen die Bolschewiki und nahmen es den Amerikanern sehr übel, daß sie sich — streng nach dem ursprünglichen Befehl handelnd — nicht daran beteiligen wollten. Aber mit dem Zusammenbruch des von den Alliierten unterstützten Kolttschak-Regimes Ende 1919 wurde auch dieses Vorhaben zunichte. Die Anwesenheit der alliierten Truppen war jetzt nicht nur überflüssig, sondern sie wurde gefährlich. Nach langem Zögern kamen die Regierungen endlich zu dem Schluß, daß die Soldaten abtransportiert werden mußten. Anfang 1920 wurden die Truppen der Westmächte abkommandiert. Zurück blieben nur die Japaner, die über die Abfahrt der Amerikaner frohlockten. Aber zwei Jahre später fanden es auch die Japaner vorteilhaft, von ihren politischen Plänen in Sibirien vorläufig Abstand zu nehmen und das Gebiet bis auf weiteres den Kommunisten zu überlassen.

als die sibirische. Aber sie war nicht weniger mißglückt und ihr Ergebnis nicht weniger traurig.

Da aus der Bedrohung der Murmanskbahn durch die Finnen, die ja der Anlaß zu der Intervention im Norden gewesen war, nichts Ernstes wurde, blieben die Operationen der Alliierten nur auf einen ereignislosen, aber langweiligen Stellungskrieg im nördlichen Urwald beschränkt. Die Truppen wurden erst im Spätsommer an Land gesetzt. Sie bezogen Stellungen in einem Umkreis von ungefähr 150 bis 200 km um Archangelsk. Zweck der Übung, wie es der englische Kommandeur verstand, war, die örtliche antibolschewistische Regierung zu stützen und ihr vor allen Dingen Gelegenheit zu geben, unter dem Schutze der Alliierten eine russische Streitmacht aufzustellen, die den Kampf gegen die Bolschewiki aufnehmen könnte.

Die Tatsache, daß die amerikanische Regierung einen ganz anderen Begriff von den Zielen des Unternehmens hatte, konnte hier keine große Rolle spielen, denn die amerikanischen Einheiten, die an diesem Punkte eingesetzt wurden, hatten keinen eigenen General und keine selbständige politische Verantwortung. Es waren nur 4000 Mann, alles ganz neue, unerfahrene Rekruten, vorwiegend aus Volksgruppen, die erst jüngst in die Staaten Michigan und Wisconsin eingewandert waren. Schweigend, hilflos und über die Ziele der Operation wenig unterrichtet, wie es so oft im Soldatenleben der Fall ist, entschwanden diese einfachen Leute in den endlosen nördlichen Urwald, wo sie ein ganzes Jahr verbrachten. Bald nach der Ankunft packte sie der frühe, harte, dunkle russische Winter. Die Flüsse froren zu. Die Stellungen schneiten ein. Die Temperatur sank bis auf 60 Grad Kälte herab. Davon weiß ja auch der deutsche Soldat vieles zu erzählen. Von Kämpfen war meistens nicht die Rede, es sei denn, daß irgendeine Einheit — was bei den Amerikanern, Gott sei Dank, nicht geschah — so schlapp

wurde, daß es die Gegner zum Angriff geradezu heranlockte.

So vergingen lange, eintönige Wochen und Monate; in denen es vollkommen mißglückte, das eigentliche Ziel der Unternehmung zu erreichen. Eine einheimische russische Truppe war auf freiwilliger Basis nicht aufzubringen. Die Bauern dachten: Wozu sich freiwillig zum Kriegsdienst melden? Gewinnen die Alliierten, dann braucht man uns nicht, dann sind die Bolschewiki sowieso geschlagen; gewinnen dagegen die Bolschewiki, dann ist es vorteilhafter, die Alliierten nicht unterstützt zu haben.

Als es sich gezeigt hatte, daß es unmöglich war, Freiwillige zu finden, wurde versucht, die allgemeine Dienstpflicht einzuführen. Aber die Einheiten, die auf diese Weise zusammengetrieben werden konnten, erwiesen sich als wenig zuverlässig. Mit dem Versagen Kolttschaks, der Tschechen und der anderen antibolschewistischen Kräfte gewannen die Bolschewiki an Prestige, und im Sommer 1919 wurde ganz klar, daß aus der antibolschewistischen Bewegung im Norden nichts werden würde. Die Engländer zögerten lange, die Truppen zurückzurufen. Sie wußten sehr gut, daß die einzelnen Russen, die mit ihnen kollaboriert hatten oder auch an der nördlichen Regierung irgendwie beteiligt waren, nach Abzug der ausländischen Truppen von den Kommunisten das Schlimmste zu befürchten hatten. Aber man konnte die Truppen auch nicht ewig da lassen. Die Moral hatte infolge der klimatischen Verhältnisse und anderer schwieriger Umstände schon erheblich gelitten. Der Weltkrieg war schon lange zu Ende. Von allen anderen Fronten waren die Truppen nach Hause zurückgekehrt. Die Soldaten dort im Norden fühlten sich vergessen und verlassen. Bei jedem der verschiedenen nationalen Verbände, und zwar auf beiden Seiten, kam es zu richtigen Meutereien. Nur die Amerikaner, die am Anfang von den anderen wegen ihrer mangelhaften militärischen Schulung belächelt worden waren, bewahrten ihre militärische Disziplin.

Unter diesen Umständen war es für die Alliierten unmöglich, das Unternehmen fortzusetzen, und schon im Herbst 1919 — sechs Monate früher als in Sibirien — fuhren die alliierten Truppen ab.

Drei Monate später brach der örtliche Widerstand gegen die Bolschewiki zusammen. Murmansk und Archangelsk wurden von den Kommunisten eingenommen. Nach Schätzungen liegt die Zahl der von den Sowjets wegen Kollaboration mit den Alliierten erschossenen Opfer in diesen nördlichen Gebieten zwischen 3000 und 7000.

Wenn ich so ausführlich über die alliierte Intervention spreche, so tue ich es deshalb, weil diese Entwicklung in der späteren Debatte über die Ursachen des sowjetisch-amerikanischen Konfliktes eine erhebliche Rolle gespielt hat. Diejenigen, die dazu neigten, die sowjetische Politik gutzuheißen und die Schuld an den gespannten Beziehungen hauptsächlich den Vereinigten Staaten zuzuschreiben, pflegten zu behaupten, daß die Amerikaner mit diesem militärischen Eingriff in die russischen Verhältnisse

das Mißtrauen und den Haß der Sowjetregierung auf sich gezogen hätten und daß, wenn nur die Intervention unterlassen worden wäre, die Sowjetregierung sich freundlich zu Amerika gestellt hätte.

Ich bin nicht imstande, diesen Standpunkt vollkommen zu billigen. Die feindliche Propaganda nicht nur gegen die amerikanische Regierung, sondern auch gegen die ganze in Amerika herrschende Sozialordnung begann schon lange vor der Intervention. In den ersten Monaten der Sowjetherrschaft, als von der Intervention noch keine Rede war, wurde das amerikanische Volk dauernd von Petrograd und Moskau aus aufgehetzt, die eigene Regierung zu stürzen und sich dem Einfluß der Bolschewistenführer zu unterstellen. Dabei steht es außer Zweifel, daß die amerikanische Regierung gegen ihren Willen von den eigenen Alliierten in die Intervention hineingezogen wurde

Friedenskonferenz in Paris

Während die amerikanische Truppe noch in Rußland stand, trat in Paris Anfang 1919 die Friedenskonferenz der Alliierten zusammen. Wieder versuchte man, eine friedliche Lösung des russischen Problems herbeizuführen, jedoch abermals ohne Erfolg. Die überlasteten und übermüdeten Staatsmänner in Paris waren den Verwicklungen des russischen Problems einfach nicht mehr gewachsen. Sie fanden nicht den Ausgang aus dem Labyrinth der verschiedenen Interessen und Leidenschaften, mit denen diese Frage umgeben wurde.

Kurz vor Eröffnung der Konferenz war ein amerikanischer Vertreter nach Skandinavien geschickt worden, wo er mit Litwinow zusammentraf und sich davon überzeugte, daß die Sowjetregierung tatsächlich zu dieser Zeit geneigt war, eine friedliche Lösung der verwickelten Situation zu suchen. So kamen die in Paris versammelten Staatsmänner im Monat Januar auf die Idee, eine Konferenz aller an den Kämpfen in Rußland beteiligten russischen Parteien zusammen mit Vertretern der Alliierten auf die im Marmarameer liegende Insel Prinkipo einzuberufen. Eine entsprechende Anregung in Form einer Proklamation der Konferenz wurde an die Weltöffentlichkeit gerichtet. Aber die Antwort der Sowjetregierung, obwohl im Grunde genommen günstig, war an wichtigen Punkten ausweichend und enthielt die üblichen überflüssigen Beleidigungen gegen die alliierten Regierungen, ohne die es für die Kommunisten scheinbar unmöglich war, eine diplomatische Note zu schreiben. Die meisten Vertreter der antibolschewistischen russischen Parteien lehnten es auch ab, mit den Bolschewiki zusammenzutreffen. An diesen Tatsachen sowohl wie an der immer noch bestehenden Uneinigkeit unter den Alliierten (die Franzosen verhielten sich sehr flau in dieser Sache) scheiterte der ganze Versuch.

Daraufhin wurde von den maßgebenden amerikanischen Staatsmännern mit Wissen der englischen Delegationsführer ein anderer Weg beschritten, nämlich der, mittels eines alliierten

und tatsächlich keine politischen Ziele dabei verfolgte, eine Tatsache, die der Sowjetregierung bekannt gewesen sein mußte.

Gewiß war diese militärische Intervention der Alliierten in Rußland unklug und verfehlt. Gewiß wäre alles viel einfacher und klarer gewesen, wenn sie unterlassen worden wäre. Aber sie war eine Konsequenz jener Einstellung aller Werte und Urteile, die — wie ich im ersten dieser Vorträge ausführte — unumgänglich mit dem totalen Kriegserlebnis zusammenhängt. Und ich befürchte, wir werden alle mit den Problemen des internationalen Lebens nicht fertig werden, solange wir nicht lernen, auch bei den anderen die Folgen der Schwäche und des Irrtums von den Früchten des bösen Willens zu unterscheiden und ihnen einen kleinen Teil jener menschlichen Unzulänglichkeiten zuzubilligen, von denen wir selbst — und zwar auch die Besten von uns — nicht immer frei sind.

Verbindungsmannes eine direkte und geheime Fühlungnahme mit den Sowjetführern in Moskau herbeizuführen. Ein junger Attaché der amerikanischen Delegation auf der Friedenskonferenz, William Bullitt, der viel später der erste amerikanische Botschafter in Rußland werden sollte, wurde nach Moskau geschickt.

Von dieser Reise Bullitts wußten nur die wenigsten: der amerikanische Präsident, sein Gewährsmann, Oberst House, der amerikanische Staatssekretär Lansing und der englische Premierminister Lloyd George sowie die Mitglieder seines persönlichen Kabinetts. Den Franzosen wurde vorläufig nichts gesagt, auch hatten nicht alle Mitglieder der amerikanischen Delegation von dem Unternehmen Kenntnis.

Bullitt machte sich mit großem Enthusiasmus an seine Aufgabe. Nach einer abenteuerlichen Reise in Moskau angelangt, führte er Besprechungen mit Litwinow und Tschitscherin, ja mit Lenin selbst und erlangte schließlich die sowjetische Zustimmung zu einer Reihe von Vorschlägen, vorausgesetzt daß diese Vorschläge von den Alliierten binnen einer gewissen Frist an die Sowjetregierung gerichtet würden. In dieser Absprache wurden folgendes vorgesehen: Die Feindseligkeiten im ganzen russischen Reich sollten eingestellt werden; in den verschiedenen umstrittenen russischen Gebieten sollte der status quo vorläufig beibehalten werden; die Truppen der Alliierten sollten sofort abgezogen und allen Russen, die mit ihnen kollaboriert hatten, sollte eine Amnestie zugesichert werden.

Mit diesen Vorschlägen kehrte der junge Bullitt nach Paris zurück, wo er den hohen Staatsmännern, die ihn geschickt hatten, schriftlich und mündlich Bericht erstattete — mit Ausnahme des Präsidenten. Seine Vorschläge wurden zunächst von Oberst House und von Lloyd George sehr günstig aufgenommen, und es schien eine Zeitlang, als sollte ihnen entsprochen werden. Wäre das geschehen, so hätten sich wahrscheinlich die weiteren Beziehungen zwischen Rußland und Amerika etwas anders entwickelt. Aber irgendwie wurden die Vereinba-

rungen, die Bullitt ausgehandelt hatte, von anderen Ratgebern hintertrieben. Es wimmelte ja damals in Paris von Vertretern antibolschewistischer politischer Gruppen und von Beamten der alliierten Regierungen, die leidenschaftlich antibolschewistisch waren und die keine Einigung mit der Sowjetregierung wollten. Bullitt selber meinte später, die Tatsache, daß gerade damals in Paris Gerüchte von einem angeblichen großen Sieg Koltschaks über die Bolschewiki in Umlauf waren, hätte auch eine Rolle gespielt. Wie dem auch sei, von den Vorschlägen Bullitts wurde kein Gebrauch gemacht. Der vorgesehene Termin lief ab, ohne daß den Russen eine Antwort erteilt worden wäre. Vom Präsidenten wurde Bullitt überhaupt nicht empfangen. Und als dann Lloyd George im Parlament befragt wurde, ob nicht eine Fühlungnahme mit den Bolschewiki stattgefunden hätte, antwortete er ausweichend, er wisse von nichts Derartigem; allerdings sei einmal davon die Rede gewesen, daß irgendein junger Amerikaner mit irgendeinem Schreiben aus Rußland zurückgekehrt wäre, aber den Wert dieses Schreibens einzuschätzen sei er nicht imstande; wenn der amerikanische Präsident dem Schreiben irgendeine Bedeutung beigelegt hätte, so würde er es sicher der Konferenz zur Kenntnis gebracht haben — das habe er aber nicht getan usw. . . .

Bullitt war über diese Behandlung seitens der Staatsmänner tief enttäuscht und entrüstet. Er war übrigens einer der ersten, der die unheilvollen Folgen des Versailler Vertrages klar voraussah und sich energisch dagegen wandte. Bald darauf schrieb er dem Präsidenten einen ganz ungewöhnlichen und mutigen Demissionsbrief. Als die Journalisten ihn fragten, was er jetzt zu tun gedenke, sagte er, er wolle an die Riviera fahren, am Strande liegen und zusehen, wie die Welt zum Teufel gehe.

Den erfolglosen Bemühungen in Paris, ein geordnetes Verhältnis zur Sowjetmacht zu schaffen, folgte die lange Zeit — genau dreizehneinhalb Jahre —, in der keine formellen Beziehungen zwischen Moskau und Washington bestanden. In New York arbeitete die sowjetische Handelsfirma, die sogenannte AMTORG. Auch standen die Führer der russischen kommunistischen Partei, die gleichzeitig die höchsten sowjetischen Regierungsposten bekleideten, mit den amerikanischen Kommunisten in engstem Kontakt. Die Sowjetregierung wurde also auf ihre eigene Art in Amerika vertreten. Die amerikanische Regierung dagegen hatte in Sowjetrußland überhaupt keine Vertretung.

Wenn man sich diese lange Periode der sogenannten Nichtanerkennung heute wieder ins Gedächtnis zurückruft, muß man darüber staunen, wie ungetrübt und ruhig die Beziehungen zwischen den beiden Ländern damals waren. Die Probleme, welche die Unterhaltung einer Botschaft in Moskau mit sich bringt, existierten nicht. Es gab keine Zwischenfälle, weder mit amerikanischem Personal in Rußland noch mit sowjetischem Personal in Amerika. Und diejenigen guten Bürger in den Vereinigten Staaten, die heute unsere Zivilisation bald daran

zugrunde gehen sehen, daß sich kommunistische Vertreter in unserer Mitte aufhalten, konnten sich noch in Ruhe und Sicherheit fühlen. So glatt liefen damals die Dinge, so wenig Probleme hatten wir damals im Verhältnis zu dem, was uns heute belastet, daß man fast geneigt ist, anderen Ländern die sich nicht leicht miteinander vertragen, zu empfehlen, sie sollten einmal versuchen, ohne formelle diplomatische Beziehungen zu leben. Zu meinem Bedauern muß ich aber feststellen, daß es heutzutage für die Amerikaner und

Russen keine Rückkehr zu diesen idyllischen Zuständen gibt und daß auch ein erneuter Abbruch der formellen Beziehungen die schweren Spannungen und Konfliktstoffe nicht aus der Welt zu schaffen vermöchte, an denen das Verhältnis zwischen den beiden Ländern jetzt leidet.

Wie dem auch sei, jener verhältnismäßig glückliche Zustand ging Anfang der dreißiger Jahre zu Ende, und zwar durch drei in sich zusammenhängende Faktoren.

Versuche zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen

Der erste war die erneute Bedrohung Sibiriens von seiten der Japaner, die in die mittlere und nördliche Mandschurei eindrangen. Im September 1931 wurde Mukden von den Japanern okkupiert. Man erkannte, daß es sich hier um die Verwirklichung eines großartig angelegten und sorgfältig vorbereiteten Planes handelte. Vergebens hatte die Sowjetregierung versucht, die Japaner mit Zugeständnissen von ihren Absichten abzubringen. Es half nichts. Schon im Frühjahr 1932 herrschte in Moskau große Unruhe über die japanischen Pläne. Unter diesen Umständen sahen die Sowjetführer in einer Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Amerika eine Möglichkeit, auf die Japaner Eindruck zu machen und sie dadurch vielleicht zu etwas mehr Vorsicht zu veranlassen. Deshalb verdoppelten sie ihre Bemühungen, in Amerika Propaganda für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu machen. Aus Prestige Gründen wollten sie nicht selber um die Anerkennung werben. So unternahmen sie alles Mögliche, um in der amerikanischen Öffentlichkeit für diese Idee zu werben.

Hier spielte — was ich als zweiten der drei Faktoren anführen möchte — die amerikanische Geschäftswelt eine große Rolle. Trotz des Fehlens formeller Beziehungen blühte Ende der zwanziger Jahre der russisch-amerikanische Handel. Die amerikanische Ausfuhr nach Sowjetrußland belief sich im Jahre 1928 auf 74 Millionen, im Jahre 1929 auf 114 Millionen Dollar — eine damals nicht unbedeutende Summe. Dieser Aufschwung der sowjetrussischen

Aufträge hatte angesichts der damals herrschenden Wirtschaftskrise eine gewisse Bedeutung, vor allen Dingen für einige große Firmen, die besonders daran interessiert waren. So hatte er bei einer Reihe von führenden Geschäftsleuten die Hoffnung auf einen noch größeren Handel mit Sowjetrußland genährt. Groß war dann die Enttäuschung, als im Jahre 1931 die Aufträge erheblich nachließen. Die wahren Gründe dafür lagen vermutlich hauptsächlich in der allmählichen Erschöpfung der Devisenvorräte, über welche die Sowjetregierung damals verfügte. Man muß annehmen, daß die Bestellungen sowieso nachgelassen hätten, wenn nicht sofort, dann im nächsten Jahr, ganz unabhängig davon, wie die amerikanische Politik gewesen wäre. Aber die Kommunisten haben sich nie gescheut, aus einer gegebenen politischen Situation den größtmöglichen Profit herauszuschlagen. So ließen sie in Amerika verbreiten, das Abflauen des Handels sei durch die Politik der amerikanischen Regierung verursacht, durch die Nichtanerkennung Sowjetrußlands und durch die Weigerung, Regierungskredite für den russischen Handel zur Verfügung zu stellen; und wenn sich das änderte, so würde sich alles zum besten wenden. So kam es, daß sich zu den liberalen und linksgerichteten Stimmen, die schon lange für die Anerkennung plädierten, jetzt wichtige Stimmen aus der Geschäftswelt gesellten. Es sei nebenbei bemerkt, daß die Anerkennung tatsächlich keinen günstigen Einfluß auf den Handel hatte und daß der Hochstand von 1929 nie wieder unter normalen Umständen erreicht wurde.

Der neue Präsident: Franklin D. Roosevelt

Dann kam gerade zu dieser Zeit der große Umschwung in der inneren amerikanischen Politik; im November 1932 wurde Franklin D. Roosevelt zum Präsidenten gewählt. Im März erfolgte seine Amtsübernahme. Dieser politische Umschwung war der dritte Faktor, der zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Rußland führte.

Roosevelt hatte vor der Wahl zu dieser Frage keine Stellung genommen. Nach seinem Amtsantritt wurde aber bald deutlich, daß er tatsächlich zu diesem Schritt geneigt war. Neue Forschungen haben gezeigt, daß ihn die Machtübernahme Hitlers in seiner Bereitschaft bestärkte, der Frage der Anerkennung näherzutreten, denn

er hoffte, daß Sowjetrußland als Gegengewicht gegen das nationalsozialistische Deutschland von Wert sein könnte.

Im Laufe des Sommers 1933 fand so eine geheime Fühlungnahme mit sowjetrussischen Staatsmännern statt. Im Herbst folgte ein Brief Roosevelts an Kalinin. Darauf wurde Litwinow sofort nach Washington geschickt. Die Verhandlungen verliefen eigentlich weder vom amerikanischen noch vom sowjetrussischen Standpunkt aus vollkommen zufriedenstellend. Aber beide Seiten hatten sich jetzt so weit in die Sache eingelassen, daß an ein Zurücktreten nicht zu denken war. Man machte daher gute Miene zum bösen Spiel, und

die Wiederanknüpfung der Beziehungen wurde vereinbart.

Anfang Dezember 1933 bei 30 Grad Kälte überquerte der erste bei der Sowjetregierung akkreditierte amerikanische Botschafter am Bahnhof Njgorjeloje die sowjetische Grenze und bestieg dort einen der großen, breiten russischen Schlafwagen, von dessen mit tiefem Schnee bedeckten Dach lange Eiszapfen herunterhingen und aus dessen altmodischem Schornstein der Rauch von Holzfeuer in den Himmel stieg. In der Abenddämmerung fuhr der Zug in die endlosen russischen Schneefelder. Der Botschafter war derselbe William Bullitt, der im Jahre 1919 vergebens mit Lenin verhandelt hatte. Jetzt sollte sein Traum endlich in Erfüllung gehen. Wieder einmal, wie damals, machte er sich mit großer Begeisterung an seine Aufgabe. Er wurde von zwei jungen Attachés begleitet, von denen der eine vor lauter Erregung die ganze Nacht aufblieb, andauernd das Eis vom Fenster abkratzte und versuchte, in die nächtliche, bleiche Landschaft Rußlands hinauszusehen. Mit dieser Nacht begann nicht nur für viele von uns persönlich, sondern auch für die russisch-amerikanischen Beziehungen eine neue Zeit, die vielleicht als die Rooseveltische bezeichnet werden kann.

Franklin Roosevelt war ein Mann von großem persönlichem und politischem Format. In den letzten Jahren haben manche von uns den Zauber seiner Persönlichkeit und die Großzügigkeit seines politischen Handelns vermisst. Aber man kann von ihm sagen, daß er das Sowjetproblem nie richtig verstanden hat, noch imstande war, es zu verstehen. Gerade die gleichen Eigenschaften, die ihm zu Hause seinen großen politischen Erfolg sicherten — die starke Wirkung der eigenen Persönlichkeit, die völlig pragmatische Art der Staatskunst, die Abneigung gegen alle Theorie, der muntere, unüberwindbare Optimismus, die geistige Oberflächlichkeit und vor allem die Tatsache, daß seine ganze geistige Ausrüstung und seine Weltanschauung aus der Zeit des ersten Weltkrieges, also aus der vortotalitären Zeit, stammten, alle diese Eigenschaften erschwerten ihm das Verständnis des Sowjetproblems, ja, sie erschwerten es nicht nur, sie machten es ihm unmöglich. Um begreifen zu können, was sich in der Seele des russischen Kommunisten und im Leben des von ihm beherrschten Gemeinwesens abspielt, muß man die Neigung und die Fähigkeit haben, in den tiefsten Abgrund des Bruderhasses, der Verbitterung, der Menschenverachtung und der Selbstüberhebung zu blicken. Denn jede utopische politische Bewegung, die von dem Grundsatz ausgeht, daß sie nur über das Unglück und Elend großer Bevölkerungsteile und sogar über unzählige Leichen zu ihrem Ziel kommen kann, muß auf solchen Eigenschaften beruhen. Nicht jeder bringt es fertig, in diese Tiefen zu schauen; wer es aber einmal fertiggebracht hat, der geht nicht wieder leichten sorglosen Schrittes in dieser Welt umher, wie Franklin Roosevelt es immer tat, und er verfügt auch nicht mehr über die reizvollen Eigenschaften, die dem Politiker Roosevelt so nützlich waren.

Roosevelt machte in seiner Einstellung zum Sowjetproblem einen Fehler, zu dem vielleicht die Mitglieder der älteren höheren angelsächsischen Gesellschaft besonders geneigt waren: er unterschätzte nämlich die ideologische Ernsthaftigkeit der russischen Kommunisten, er bezweifelte die Bedeutung des Prinzipiellen in ihrer Psychologie, er meinte, daß ihre verwickelte, mißtrauische, reizbare, fast psychopathische politische Persönlichkeit bloß eine subjektive Reaktion auf das persönliche Gesicht des Gegners darstelle, nicht aber eine ideologisch-bedingte, prinzipielle Haltung. Nachdem Roosevelt zu Hause einen großen innerpolitischen Erfolg damit errungen hatte, daß er sozusagen aus seiner eigenen Gesellschaftsschicht heraustrat und sich zu dem kleinen Mann herabließ, ihn umwarb, ihm als Sprecher und Vertreter diente, war er überzeugt, daß er mit einer ähnlichen Haltung auch auf die Sowjets Einfluß nehmen konnte. Sie waren ja, wie er es verstand, auch nur kleine Leute. Er erwartete, daß auch sie auf ein freundliches Lächeln, einen brüderlichen Klaps auf die Schulter und eine große Dosis des Roosevelt'schen Charmes günstig reagieren würden. Wenn sie bis dahin dem Westen gegenüber eine so feindliche Haltung eingenommen hatten, so war dies sicher darauf zurückzuführen, daß die westlichen Staatsmänner zu hochnäsiger und unfreundlich mit ihnen umgegangen waren. Bei einer anderen Behandlung, meinte Roosevelt, müßte sich das alles ändern.

Diese Einstellung Roosevelts, welche die Bolschewiki ausgerechnet in der Festigkeit ihres ideologischen Glaubens, in ihrer Selbstachtung als theoretisch geschulte und disziplinierte Marxisten gering achtete und ihnen eine Empfänglichkeit für subjektive Impulse zumutete, die in der kommunistischen Bewegung als abscheuliche Schwäche gelten mußte, war für sie eigentlich das Beleidigendste, was es geben konnte. Obwohl sich dieser Irrtum mit der Zeit bitter rächte, ist zu bezweifeln, daß Roosevelt selber ihn jemals durchschaut hat.

Außerdem hat er den Bolschewismus als politisches System anscheinend nie verstanden, am wenigstens das eigenartige Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten, welches die kommunistische Diktatur auszeichnet. Was es bedeutete, unter der Stalinschen Herrschaft zu leben, blieb ihm unbekannt und wahrscheinlich unvorstellbar. Seine Begriffe hätten vielleicht zu der Leninschen Periode etwas besser gepaßt, aber zu der Stalinschen paßten sie überhaupt nicht. Für die großen Veränderungen in der Psychologie und Politik, zu denen der innerpolitische Sieg Stalins, die Kollektivierung und die großen Säuberungen führten, hatte er kein Verständnis. Aus diesem Grunde war er wohl auch unfähig, den Totalitarismus Stalins in seinem Verhältnis zu dem Hitlers richtig einzuschätzen.

In engstem Zusammenhang mit diesen Blickfehlern stand der verhängnisvolle Gedanke, von dem nicht nur Roosevelt, sondern fast die ganze liberale Intelligenz der westlichen Länder in den dreißiger Jahren beherrscht wurde, der Gedanke,

Sowjetrußland könnte ein geeigneter Partner im kollektiven Widerstand gegen Hitler, Mussolini und die Japaner sein. Die westlichen Liberalen wollten nicht glauben, daß der sowjetische Imperialismus für beide Nachbarländer und insbesondere für die europäischen Völker eine Bedrohung darstellte, die nicht geringer war als all die Gefahren, gegen die man diese Völker schützen wollte. Er verstand nicht, daß die russische Mitwirkung an der sogenannten kollektiven Sicherheit gegen Hitler nur zu einem unsinnigen Wucherpreis zu haben war — der Einverleibung

großer Teile Osteuropas in den sowjetischen Machtbereich —, zu einem Preise also, der nicht nur für die betreffenden Völker den Verlust der staatlichen Unabhängigkeit, die Auslieferung an die eigenen Kommunisten, wenn nicht den Völkermord schlechthin bedeutete, sondern auch das Kräfteverhältnis in ganz Europa auf höchst gefährliche Weise verschieben mußte. Diese Ahnungslosigkeit des Präsidenten und vieler seiner Ratgeber ist der Schlüssel zu seiner ganzen Politik der Sowjetunion gegenüber von der Zeit der Anerkennung bis zum zweiten Weltkrieg.

Die prosowjetische Linie der Roosevelt-Regierung

Ich sagte vorhin, daß Roosevelt der Wiederherstellung der Beziehungen hatte Verhandlungen vorangehen lassen. Bei diesen Verhandlungen handelte es sich um die zwei Fragen, bei denen früher, während der Amtszeit republikanischer Präsidenten, die Wiederanknüpfung der Beziehungen immer ins Stocken geraten war: erstens die langweilige Frage der Schulden früherer russischer Regierungen und der Schäden, welche amerikanischen Bürgern aus der Verstaatlichung der russischen Industrie entstanden waren, und zweitens die Frage der kommunistischen Propagandatätigkeit in den Vereinigten Staaten. Man hat allerdings den Eindruck, daß es Roosevelt weniger darum ging, diese beiden Fragen in einem für Amerika positiven Sinne wirklich zu lösen, vor allem kam es ihm wohl darauf an, von den Russen Versicherungen einzuholen, die auf die amerikanische öffentliche Meinung imponierend wirken und ihn selbst vor dem politischen Vorwurf schützen könnten, er wäre auf die Anerkennung eingegangen, ohne die Interessen des Landes und seiner Bürger in diesen Punkten berücksichtigt zu haben. So verfuhr Roosevelt bei den Verhandlungen ziemlich oberflächlich und etwas zu eilig, so daß es nicht überraschte, als sich bald nach der Anerkennung herausstellte, daß ausgerechnet in diesen beiden Hauptfragen eigentlich keine Einigung erreicht worden war, ja, auch nicht zu erreichen wäre. Wie zu erwarten, versteifte sich gleich nach der Anerkennung die Haltung der Sowjetregierung in diesen zwei Fragen. Sie hatte das Gewünschte, nämlich die Anerkennung selbst. Wozu sollte sie jetzt noch Zugeständnisse machen?

Der neue Botschafter Bullitt war von diesem Gang der Dinge tief enttäuscht. Außerdem überzeugten ihn die Eindrücke eines längeren Aufenthaltes in der russischen Hauptstadt, daß zwischen dem Leninismus und dem Stalinismus ein großer Unterschied bestand. Seine Erfahrungen in Rußland bewirkten also eine grundsätzliche Änderung seiner Einstellung zum ganzen Sowjetproblem. Er kam schließlich zu der Überzeugung, daß der russische Kommunismus der dreißiger Jahre eine große Gefahr für die westliche Zivilisation darstellte. Nach ein paar Jahren legte er seinen Posten nieder, kehrte nach Hause zurück und versuchte, dem Präsidenten seine Eindrücke zu beschreiben und ihn für seine neuen Erkenntnisse zu gewinnen. Das gelang ihm aber nicht. Anscheinend sah der Präsident in ihm jetzt nur den Widersacher seiner eigenen Politik. Er hörte

bald auf, Bullitt in russischen Angelegenheiten zu Rate zu ziehen, und ließ sich weiterhin von Leuten umgeben, die zwar wenig von Rußland wußten, aber die Hoffnung auf eine glückliche Zusammenarbeit mit den Russen noch glühend im Herzen trugen.

Damit hatten die Russen gerechnet. Sie hatten die Persönlichkeit und die geistige Einstellung des Präsidenten vollkommen richtig eingeschätzt. Sie hatten darauf gesetzt, daß er im Konfliktfall den eigenen Botschafter nicht unterstützen würde. Deshalb waren sie nicht auf Zugeständnisse eingegangen. So war Bullitt also dreimal enttäuscht worden — zweimal von der eigenen Regierung, einmal von der sowjetischen.

Anfang 1937 schickte der Präsident einen neuen Botschafter nach Moskau, dessen betont freundschaftliches und entgegenkommendes Benehmen für die Russen nur die Bedeutung haben konnte, daß alles vergeben und vergessen war. Gleich danach wurde im Staatsdepartement die ganze russische Abteilung einfach abgeschafft. Sie hatte sich bei den Kommunisten sowie bei einigen Liberalen zu Hause unbeliebt gemacht, sowohl wegen ihrer skeptischen Einstellung zur Roosevelt'schen Politik als auch wegen der scharfen Gründlichkeit ihrer Analysen der sowjetischen Wirklichkeit. Durch diese Ereignisse wurde die prosowjetische Linie der Roosevelt-Regierung nicht nur bestätigt, sondern sogar verstärkt.

Dies war der Zustand, der am Vorabend des zweiten Weltkriegs herrschte. Sie wissen ja alle, wie es dann weiterging. Der Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin und die sowjetischen Handlungen, die darauf folgten (der Angriff auf Finnland und die zynische Einverleibung der baltischen Staaten sowie Ostpolens in die Sowjetunion), erregten gewiß eine starke Verstimmung in Washington. Aber die Verstimmung ging nicht tief. Und als der deutsche Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 dieser Periode ein Ende setzte, gerieten diese unangenehmen Erfahrungen bei den Staatsmännern in Washington bald in Vergessenheit.

Wieder waren es, wie im ersten Weltkrieg, die Anforderungen einer Kriegslage, welche die Politik der Alliierten Rußland gegenüber bestimmten und — man darf schon hinzufügen — verzerrten. Die gefährdete Lage Englands bedeutete auch eine Gefährdung der Sicherheit Amerikas. Die letzte Verteidigungslinie der britischen Inseln wurde zur ersten Verteidigungslinie der

Vereinigten Staaten. Und für die Behandlung dieser Linie schien der russische Widerstand im Jahre 1941 ebenso unentbehrlich zu sein wie früher im Jahre 1917. So wurde die Unterstützung Rußlands für die Vereinigten Staaten zu

Militärische Realitäten sind harte Realitäten

An der Hilfeleistung für Rußland war unter solchen Umständen auch seitens der größten Skeptiker in Amerika nichts auszusetzen. Militärische Realitäten sind harte Realitäten. Sie müssen berücksichtigt werden. Von um so größerer Wichtigkeit war aber nun die Frage: „In welchem Geist, auf Grund welcher Voraussetzungen, unter welchen Bedingungen sollte diese Unterstützung der Russen vor sich gehen?“ Vergebens versuchten einige der alten Rußlandkenner, der Regierung klarzumachen, daß die Ziele, welche die Sowjetunion bei ihren Kriegshandlungen gegen Deutschland verfolgte, mit den Kriegszielen der Alliierten keineswegs identisch waren. Vergebens rieten sie, schon in den ersten Kriegsjahren auf einer restlosen Aufklärung der russischen Absichten in bezug auf Ost- und Zentraleuropa zu bestehen und, falls diese Aufklärung nicht befriedigend ausfallen sollte, die materielle Unterstützung der Sowjetregierung rechtzeitig einzuschränken und jede Verantwortung moralischer oder vertraglicher Natur für die künftigen Handlungen der Sowjetunion in diesen ost- und zentraleuropäischen Gebieten aufs sorgfältigste zu vermeiden. Aber für all dies war es jetzt schon zu spät. Die nüchternen Stimmen waren zu klein und nicht zahlreich genug. Sie hatten sich jetzt nicht nur gegen die prosowjetischen Illusionen der amerikanischen Liberalen zu behaupten, sondern auch gegen die ganze Kriegshysterie und vor allem gegen die entschiedene Weigerung der amerikanischen Militärs, politischen Rücksichten irgendeinen Einfluß auf die Kriegführung zu erlauben.

Unter diesen Umständen wurden die warnenden Stimmen überhaupt nicht gehört. Die prosowjetischen Strömungen bekamen freie Bahn.

einem Gebot der eigenen militärischen Sicherheit. Mit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour und der deutschen Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten im Dezember 1941 bekamen diese Erwägungen nur eine neue Betonung.

Der verhängnisvolle Einsatz auf die bloße Möglichkeit, daß die Kommunisten durch das Kriegserlebnis und durch die militärische Zusammenarbeit mit den Westmächten zu einer neuen Auffassung ihres Verhältnisses zur Außenwelt gebracht werden könnten — wurde jetzt gezahlt. Für diejenigen Amerikaner, welche diesen Versuch mit tiefster Besorgnis verfolgten, und insbesondere für die Berufsdiplomaten, die ja im Kriege zu dienen und zu gehorchen und nicht in die hohe Strategie hineinzureden haben, blieb nichts mehr zu tun. Und was dann daraus wurde, was für Folgen das alles hatte, das brauche ich hier nicht weiter zu erzählen, das wissen die Deutschen ja am allerbesten.

Ich will hier nicht als Kritiker auftreten — erst recht nicht als Kritiker der eigenen Regierung. Wir müssen uns alle vor der „nachträglichen Weisheit“ hüten. Noch weniger möchte ich den Eindruck erwecken, als sei das ganze Unglück dieser Nachkriegszeit ausschließlich auf die Irrtümer zurückzuführen, die Roosevelts Haltung zur Sowjetunion bestimmten. Die Probleme, vor die sich die amerikanischen Staatsmänner während des letzten Weltkrieges gestellt sahen, waren nicht leicht. Die Möglichkeiten, unter denen sie zu wählen hatten, waren viel geringer und begrenzter, als vielfach angenommen wird. Es möge mir verziehen werden, wenn ich an dieser Stelle daran erinnere, daß die Politik Hitlers für seine Gegner nicht gerade viele Möglichkeiten offen ließ. Es wird zu leicht vergessen, daß es in den Jahren 1944/1945 für die Amerikaner — auch bei klarster Einsicht und vorausgesetzt, daß eine antirussische Politik damals denkbar gewesen wäre (was nicht der Fall war) — faktisch nicht möglich gewesen wäre, die Russen von der

Okkupierung des größten Teiles des heutigen Satellitengebietes abzuhalten. Dazu reichte die militärische Kraft einfach nicht aus. So wäre ein großer Teil dessen, was heute vielleicht als Torheit oder Blindheit der alliierten Staatsmänner erscheinen mag, besser als unvermeidbarer Bestandteil der grenzenlosen Tragik dieses letzten Krieges anzusehen.

Gerade deshalb hüten sich heute viele von uns, die damals die ernstesten und vielleicht auch die kompetentesten Zweifel an der Rooseveltschen Politik hegten, die Rolle des mißachteten Propheten zu spielen und den Eindruck zu verbreiten, als hätten wir damals zu all den unermeßlich schwierigen und komplizierten Problemen einer Staatsführung in Kriegszeiten immer ohne weiteres die richtige Antwort gewußt. Vor allen Dingen wollen wir uns nicht mit den billigen, emotionellen und wenig wissenschaftlichen Anklagen und Verdächtigungen identifizieren, die heutzutage, besonders in Verbindung mit der Konferenz zu Jalta, dem toten Präsidenten ins Gesicht geschleudert werden, und zwar hauptsächlich von Leuten, die damals an seiner Politik nicht das geringste auszusetzen hatten und erst nachträglich zu dieser selbstgefälligen Weisheit gekommen sind.

Aber ich glaube, daß dem allgemeinen Verständnis für die Probleme der Gegenwart nicht gedient wird, wenn wir Amerikaner nicht offen anerkennen, daß die Fehler, die zwischen 1935 und 1945 in unserer Politik der Sowjetunion gegenüber gemacht worden sind, zu den schwersten und verhängnisvollsten in der ganzen Geschichte unserer Außenpolitik gerechnet werden müssen.

Wenn ich diese Feststellung mache, was wohl kein Amerikaner mit leichtem Herzen tut, so geschieht das in der Überzeugung, daß es heute nötig ist, die Ursachen dieser Fehler ruhig und gewissenhaft zu erforschen und in unserem Gedächtnis zu verzeichnen, statt die Einsicht durch gegenseitige Beschuldigungen zu trüben.

ROGER MAKINS

Die Welt nach dem Kriege: Die dritte Phase

Mit Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir aus der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ den folgenden Artikel von Sir Roger Makins:

Eine neue Phase der internationalen Nachkriegsbeziehungen hat in den ersten Monaten dieses Jahres eingesetzt. Aber erst jetzt ist es möglich zu erklären, wie es dazu kam, und die Bedeutung dieser Entwicklung für die Zukunft abzuschätzen, wobei es sich natürlich nur um eine rein persönliche Deutung aus englischer Sicht handeln kann.

Die internationale Nachkriegsentwicklung von 1945 bis Ende 1952 zerfällt in zwei Hauptabschnitte, wie ein Blick über diesen Zeitraum lehrt. In der ersten Phase versuchten die westlichen Nationen das während des Krieges gegründete Konsortium der Großmächte zusammenzuhalten. Nach einigen Schwierigkeiten konnte Frankreich seine moralische Position als Großmacht wieder einnehmen. Die besondere geographische Lage und das Vertrauen der Alliierten glichen seine anfängliche militärische und wirtschaftliche Schwäche im internationalen Kräfteverhältnis wieder aus. Die noch während

des Krieges in der Weltpolitik fühlbare Autorität von Tschiang-Kai-Scheks Regime war durch die trostlose politische und wirtschaftliche Situation Chinas endgültig zerstört worden. China wurde still fallengelassen und behielt nur seine rein formale Position im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Diese Phase erstreckt sich von der Potsdamer Konferenz über den Abschluß der weniger wichtigen Friedensverträge bis zum endgültigen Zusammenbruch der Viermächte-Verhandlungen auf der Londoner Konferenz Ende 1947. Obgleich die westlichen Staatsmänner sich immer weniger Illusionen über die Möglichkeiten einer wirklichen Zusammenarbeit mit Stalin machten, versuchten sie doch, sie nach Kräften im Rahmen des Möglichen aufrechtzuerhalten. Das Treffen im Pariser Palais Rose im Jahre 1949, auf dem nicht einmal eine Tagesordnung für eine Viermächte-Konferenz zustandekam, ist in dieser Richtung der letzte fruchtlose Versuch von Bedeutung gewesen.

Aufbau einer starken Position

Während der zweiten Phase wurde die westliche Front gefestigt und gekräftigt, um gegen die sowjetische Aggressionsdrohung gerüstet zu sein. Die Aufmerksamkeit des Westens konzentrierte sich in dieser Phase mehr auf Europa als auf Asien, und im Juni 1947 lancierte der Westen dann auch den Marshallplan. An dieser Stelle darf vielleicht darauf hingewiesen werden, daß Sir Winston Churchill ihn schon im vorangegangenen Jahr in einer Rede in Fulton (Missouri) angekündigt hatte, in der er ganz offen und klar die Wahrheit aussprach, die die westlichen Staatsmänner erst jetzt zu begreifen begannen.

Zeitweilig überschneiden sich beide Phasen etwas, obgleich sie sich klar von einander unterscheiden. So besteht zum Beispiel heute noch eine Art Viermächte-Kontrolle in Österreich. Außerdem gab es im Jahr nach der Veröffentlichung des Marshallplanes einen scharfen Bruch zwischen der westlichen und der kommunistischen Welt auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet.

Im Laufe der zweiten Phase erlitt das Gleichgewicht der Kräfte innerhalb der westlichen

Welt eine Veränderung, die vor allem die anglo-amerikanische Partnerschaft berührte, auf der letzten Endes die Stabilität der freien Welt ruht. So ist zum Beispiel die in der „Truman-Doktrin“ angekündigte Übertragung der in erster Linie englischen Verantwortung für den Schutz Griechenlands und der Türkei auf die Vereinigten Staaten, die sich in der Stationierung einer starken amerikanischen Flotte im Mittelmeer ausdrückt, keineswegs das einzige Beispiel für die Ausdehnung des amerikanischen Einflusses und den Rückgang der englischen Überseeverpflichtungen. Aber auch nach dieser Neuordnung hat England einen das Maß seiner wirtschaftlichen Kräfte weit überschreitenden militärischen und wirtschaftlichen Beitrag zur Eindämmung der sowjetischen Ambitionen geleistet. England hat auch weiterhin die Hauptverantwortung für den Mittleren Osten getragen, hat starke Streitkräfte in Malaya, Hongkong und in den fernöstlichen Gewässern unterhalten und eine wichtige Rolle in Korea gespielt.

Während dieser ganzen Zeit hielt man vor allem Europa von „tödlicher Gefahr“ bedroht.

Wenn es Rußland, das zu jener Zeit militärisch so viel stärker war als der Westen, geglückt wäre, sich des strategischen Potentials Deutschlands und Frankreichs zu bemächtigen oder auch nur seiner Herrschaft zu unterwerfen, so würde es sich damit eine Position geschaffen haben, mit der die übrige freie Welt es nicht mehr hätte aufnehmen können. Die Hauptanstrengungen konzentrierten sich daher auf eine Stärkung Europas, zuerst auf wirtschaftlichem dann auf militärischem Gebiet. Die entsprechenden Maßnahmen gipfelten in der Bildung des Nordatlantiktropes und einer koordinierten westlichen Militärorganisation unter SHAPE. In jenen Tagen schien die Gefahr so bedrohlich, daß der Westen auf die möglichst schnelle Aufstellung von Streitkräften drängte. Der Plan einer politischen und wirtschaftlichen Integration stand zu jener Zeit natürlich im Vordergrund der europäischen Politik des Westens.

Die großen Anstrengungen haben Früchte getragen. Die Nordatlantiktropenorganisation ist ins Leben gerufen worden und SHAPE hat das Kommando übernommen. Westeuropa war gerettet, und die Front entlang dem Eisernen Vorhang war jedenfalls für den Augenblick gefestigt worden. Während der Westen in Europa seine Position stärken konnte, vollzog sich in Asien eine große Wandlung. In Indien ist der Machtwechsel dank der Aufrechterhaltung der Beziehungen zu England glücklich vonstatten gegangen, und das Englische Commonwealth hat seine innere Verbundenheit und Anpassungsfähigkeit ungeachtet interner Spannungen in allen Punkten der Welt bewiesen. In ganz Asien aber stürmte der Nationalismus vorwärts. In einer Rede in Warschau im Jahre 1947 forderte Schdanow die Kolonialvölker auf, sich zu erheben und die Bedrücker zu vertreiben. 1948 verstärkte sich im Fernen Osten die kommunistische Wühlarbeit und führte im gleichen Jahr in Burma, Indonesien, Indochina und Malaya zur Anwendung von Gewalt und Willkür. Später kam der Koreakrieg. Der eigentliche kommunistische Vorstoß erfolgte also im Fernen Osten und nicht in Europa, wie jetzt die Entwicklung bewiesen hat und was einige Leute schon längst erkannt haben.

Entspannung an der Oberfläche

Nach meiner Ansicht sind die internationalen Nachkriegsbeziehungen nach dem Tode Stalins zu Beginn des Jahres 1953 in eine neue Phase getreten. Auch diese kündigte Sir Winston Churchill in einer berühmten Rede an, und zwar in der am 11. Mai dieses Jahres im Unterhaus gehaltenen Ansprache.

Nicht nur der Tod des starrköpfigen Diktators im Kreml und die Entwicklung der Atomwaffen in Rußland und Amerika haben nach meiner Meinung zur dritten Phase geführt, sondern auch die erfolgreiche Zusammenraffung westlicher Entschlossenheit und Kraft.

Diese dritte Phase weist gewisse charakteristische Züge auf. Die Beziehungen Sowjetrußlands zu den anderen Ländern haben sich wenigstens an der Oberfläche etwas entspannt, eine Reihe von Konzessionen von geringerer Bedeutung sind gemacht worden; die Reisebeschränkungen für Ausländer von und nach der Sowjetunion wurden gelockert und Sowjetrußland hat den Konkurrenzkampf im internationalen Sport energisch aufgenommen, wie seine erfolgreiche Teilnahme an der Henley-Regatta im vergangenen Juli bewiesen hat.

Im Laufe dieses Jahres ist die sowjetische Regierung der UNESCO beigetreten, ist wieder Mitglied der I. L. O. geworden und hat ganz allgemein von neuem Interesse für eine Betätigung auf internationalem sozialem und wirtschaftlichem Gebiet gezeigt. Auch ihre Diplomatie ist geschmeidiger geworden. Auf der Berliner und Genfer Konferenz hat es keine endlosen Diskussionen über die Tagesordnung gegeben. Die sowjetischen Vertreter zeigten sich in Verfahrensfragen entgegenkommend, und beide Konferenzen konnten sich ohne Verzug mit den wesentlichen Problemen befassen.

Auch die dritte Phase hatte schon begonnen, bevor die vorangegangene abgelaufen war. Schon vor Stalins Tod machte sie sich durchaus bemerkbar. Und das Ziel des Westens in der zweiten Phase, der Aufbau einer starken Position, ist noch nicht ganz erreicht worden. So sind zwei der vier größten Industriestaaten der freien Welt Deutschland im Westen und Japan im Osten, nicht in das Verteidigungssystem der freien Welt eingegliedert worden. Während in Europa ein hoher Grad politischer und wirtschaftlicher Stabilität erreicht worden ist, bleibt abzuwarten, ob das kommunistische Vordringen in Asien wirklich aufgehalten werden konnte.

Wie sollen wir die Haltung der neuen sowjetischen Führer zu den Weltproblemen und der Politik Rotchinas beurteilen?

Nichts läßt darauf schließen, daß die neuen sowjetischen Führer theoretisch und praktisch nicht mehr der marxistisch-leninistischen Ideologie anhängen. In allen wesentlichen Punkten hat sich das Regime nicht geändert. Der sich auf die kommunistische Partei stützende Machtapparat scheint so fest unter Kontrolle zu stehen wie nur je. Die Berija-Episode und ähnliche sich gegenwärtig abspielende Konflikte, deren Verlauf wir

nur undeutlich erkennen können, sind Machtkämpfe innerhalb des Systems und keine Revolte gegen es. Daß die Macht nicht mehr länger in der Hand eines Mannes konzentriert ist, sondern das sowjetische Reich gegenwärtig von einer Junta oder einem Ausschuß, d. h. durch einen sowjetischen Rat regiert wird, ist wohl die wichtigste Veränderung. Mäßigende Einflüsse können sich leichter in einem Ausschuß als unter der Autokratie einer Person durchsetzen. Wie die Dinge auch immer liegen mögen, die gegenwärtigen Machthaber Rußlands versuchen jedenfalls den Eindruck zu erwecken, als ob sie sich von den extremen Erscheinungsformen des Stalinischen Polizeistaates äußerlich und innerlich distanzieren würden. Der Status der Sicherheitspolizei wurde beschnitten; das neue Landwirtschafts- und Verbraucherprogramm bemüht sich sichtlich, die Auswirkungen der von Stalin übermäßig geförderten Entwicklung der Schwerindustrie zu mildern; auch auf verschiedenen anderen Gebieten, wie z. B. in den Beziehungen zu anderen Mächten erwies sich die sowjetische Führung als weniger starr und viel realer in der Verfolgung ihrer Politik.

Noch immer streben die sowjetischen Führer nach dem gleichen Ziel. Doch sind sie viel geschmeidiger und geschickter in der Methode. Sie haben Umfang und Durchschlagskraft der riesigen sowjetischen Streitkräfte nicht angetastet, auf die die ganze sowjetische Wirtschaft ausgerichtet ist.

Die Armee der Sowjetunion wird im Gegenteil laufend mit den modernsten ballistischen und thermonuklearen Waffen ausgerüstet. Sie vertreten und lehren weiterhin die Ansicht, daß es keine echte und dauernde Verständigung mit dem Westen geben könne. Ihre Politik im Januar und Februar auf der Berliner Konferenz hat deutlich gezeigt, daß sie ungeachtet ihrer höflichen Worte fest entschlossen sind, nichts aufzugeben. Augenblicklich finden sie es einfach nützlich, eine Periode sogenannter „friedlicher Koexistenz“ herbeizuführen.

Es ist bedeutsam, daß sie die mächtigste der westlichen Nationen, die Vereinigten Staaten, als ihren Hauptgegner erkannt haben. So ist die Isolierung der Vereinigten Staaten eines der Hauptziele der kommunistischen Tätigkeit. Durch den Versuch, den atlantischen Ozean breiter und tiefer erscheinen zu lassen, versuchen sie in Europa die anderen westlichen Nationen durch verführerische und schmeichelnde Worte von Amerika zu entfernen, und in Asien machen sie sich jede tatsächliche oder mutmaßliche Meinungsverschiedenheit Englands und Amerikas über die Behandlung gemeinsamer Probleme in diesen empfindsamen Ländern zunutze.

In Europa hat sich der Grundsatz sowjetischer Politik nicht geändert. Es bleibt das Hauptziel der Sowjetunion, die Kontrolle über Osteuropa zu behalten, die NATO zu zerstören und ihren Einfluß nach Westen auszudehnen. Sie möchte die politische Verbindung der Bundesrepublik mit dem Westen und einen deutschen militäri-

schen Beitrag zur westlichen Verteidigung in Form der EVG verhindern. Der Vorschlag eines rein europäischen „Sicherheitssystems“ dient nur diesen Zwecken. Es ist sehr wohl denkbar, daß sich der kommunistische Block bei Verfolgung dieser Ziele in Europa defensiv verhalten und die sichtlich besseren Möglichkeiten in Asien und ganz allgemein in den unterentwickelten Gebieten ausnutzen wird. Angesichts der emporkommenden Macht Rotchinas kann der Kreml im Fernen Osten jetzt nicht mehr nur noch nach eigenem Gutdünken handeln. In den Jahren zwischen den Kriegen hat er die chinesischen Kommunisten in nur geringem Maße unterstützt, weil ihm vor allem an der Eindämmung der japanischen Expansion lag, wofür ihm die chinesische Nationalregierung als das beste Mittel dünkte. Erst nach der Niederlage Japans im Jahre 1945 hat Rußland den chinesischen Kommunisten aktive Hilfe zuteil werden lassen, wobei es stets ein Auge auf der Mandschurei und auf anderen Schlüsselpunkten hatte. Vielleicht hoffte Stalin, der Kampf werde sich hinziehen oder China sogar geteilt werden, wodurch die Kommunisten in größere Abhängigkeit von ihm geraten wären. Wie dem auch gewesen sein mag; Mao Tse-tungs unerwartet schnelle Eroberung des chinesischen Festlandes hat zur Bildung einer unabhängigen kommunistischen Regierung geführt, also zu etwas ganz anderem als zu dem üblichen sowjetischen Satellitenstaat. So wie sich in der Sowjetunion die Marxistisch-Leninistische Lehre mit den traditionellen Formen des russischen Imperialismus vermischt hat, besteht auch die Möglichkeit, daß der chinesische Kommunismus sowohl innerhalb der Landesgrenzen als auch in seinen außenpolitischen Zielen eine ausgesprochen chinesische Prägung erhält. Im Augenblick kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Moskau und Peking eng zusammenarbeiten und beide Staaten weitgehend voneinander abhängig sind. Doch haben sie zweifellos auch manche Interessen, die nicht parallel laufen und deren Entwicklung weder Zeit noch Kontakte mit dem Westen aufhalten werden.

Das Charakteristikum der dritten Phase ist die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Ost und West über die wichtigsten Probleme. Die am 10. Juli 1951 eröffneten koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen wurden am 27. Juli 1953, ungefähr vier Monate nach dem Tode Stalins, abgeschlossen. Ergebnislose Verhandlungen wurden über die Einberufung einer politischen Koreakonferenz geführt. Schließlich brachte die Berliner Konferenz das im koreanischen Waffenstillstand vorgesehene politische Gespräch in Gang und setzte Indochina auf die Tagesordnung, wenn sie auch in europäischen Fragen, die eigentlich auf ihr verhandelt werden sollten, keine Fortschritte erzielen konnte. Auf der danach folgenden Genfer Konferenz konnte die Koreafrage zwar nicht gelöst werden, doch wurde ein Waffenstillstand in Indochina zustandegebracht. In Unkenntnis der historischen Tatsachen haben viele den Waffenstillstand als ein fernöstliches München bezeichnet; doch handelt es sich im Grunde nur um das gleiche Ergebnis wie in Panmunjon. 18 Monate nach Beginn der dritten Phase gab es

zum ersten Mal seit 20 Jahren, abgesehen von Guerillakämpfen in Malaya und Zwischenfällen in der Formosastraße, keinen Krieg mehr im Fernen Osten.

Die Einstellung der Kampfhandlungen ist natürlich nicht gleichbedeutend mit einem Friedensschluß. Wir haben bis heute nicht viel mehr erreicht als eine unsichere Waffenruhe. Die Spannungen haben nicht aufgehört und werden vermutlich auch weiterhin zu Zwischenfällen führen, wie sie vor der Bildung der NATO in den Jahren 1947 und 1948 in Europa und im besonderen in Deutschland vorgekommen sind.

Aus diesem Grunde sollten England und die übrigen Alliierten der neuen politischen Linie der dritten Phase nur vorsichtig folgen. Wir wissen nicht, wie lange sie anhalten wird. Die beiden vorangegangenen Phasen haben nicht

länger als acht Jahre gedauert, wenn meine Deutung richtig ist. Bisher sind erst 18 Monate der letzten Phase vergangen, und ihre von mir beschriebenen charakteristischen Merkmale können sich ändern — wenn auch nicht über Nacht, so doch sehr schnell. Wenn wir die Absicht oder Aufrichtigkeit der verschiedenen kommunistischen Bemühungen zur Herbeiführung einer allgemeinen Entspannung falsch gedeutet hätten, so könnten wir zu einer drastischen Revision unserer eigenen Politik gezwungen sein. Niemand von uns darf die Möglichkeit außer acht lassen, daß ein unbewachter Funke, ein leichtsinniges Feuerwerk in irgendeinem der hochexplosiven zwischen Ost und West liegenden Gebiete über Nacht einen Brand auslösen können, den niemand sofort eindämmen könnte. Vielleicht ist eine vierte und weit unangenehmere Phase schon im Anzuge.

Probleme des Westens

Oberflächliches Nachlassen der Spannungen zwischen der kommunistischen und freien Welt kennzeichnet die dritte Phase. Welchen Problemen sieht sich der Westen bei diesem Stand der Dinge gegenüber? Vor allem wird es schwieriger werden, die westlichen Nationen bei der Stange zu halten, weil der starke Druck des starren Stalinismus etwas nachgelassen hat. Am stärksten ist der Druck im Fernen Osten und zwar aus zwei Gründen: In den Gebieten rotchinesischer Ausdehnungsbestrebungen ist es zu regelrechten Kampfhandlungen gekommen. Zweitens ist die Haltung der Westmächte hier weniger einheitlich und ihre Politik daher nicht so eng koordiniert wie woanders.

Denn in vielen Teilen der Welt regen sich wieder alte politische Kräfte, die der Krieg gegen die faschistischen Mächte und später der Zusammenschluß der freien Welt gegen den Kommunismus zum Verstummen gebracht hatten. Man kann sie ganz allgemein als nationalistische und neutralistische Tendenzen bezeichnen. Am stärksten machen sie sich in Europa bemerkbar. Die europäische Integrationsbewegung ist geschwächt worden, woran vor allem Frankreichs Abneigung schuld ist, sich an die EVG zu binden. Gleichzeitig macht sich die Neigung bemerkbar, das Hauptaugenmerk nicht auf Sicherheitsfragen, sondern auf die weniger wichtigen, Jahrhunderte alten territorialen Probleme, z. B. auf die Saar- und Triestfrage zu richten. Unter der Oberfläche der Nachkriegsdemokratien in Deutschland, Italien und Japan ist wieder eine bisher noch schwache Vorliebe für alte politische Formen und Gewohnheiten fühlbar; diese Entwicklung aber begünstigt in anderen westlichen Ländern zum Beispiel in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung — gerade gegensätzliche Tendenzen.

In den Vereinigten Staaten ist über die Verbündeten und die Wirkung kollektiver Maßnahmen eine gewisse Enttäuschung, die zwar noch nicht als Isolationismus anzusprechen ist, und ein starker Widerstand gegen eine liberale Handelspolitik spürbar. Ein guter Beobachter wird auch in England ähnliche Tendenzen wahrnehmen.

Es ginge zu weit, der veränderten sowjetischen diplomatischen Taktik allein das Wiederaufleben dieses politischen Gedankengutes und Verhaltens auf nationalem und internationalem Gebiete zuzuschreiben. Sie sind gefühlsmäßig bedingt, woran in keinem Fall ein Zweifel besteht. Doch könnte das Nachlassen internationaler Spannungen ihre Wiedergeburt sehr wohl ange regert und beschleunigt haben. Da sie die Uneinigkeit zwischen den westlichen Mächten fördern, bilden sie für ihre Einigkeit eine dauernde Gefahr.

Das Ziel englischer Außenpolitik in der dritten Phase der internationalen Nachkriegsbeziehungen ist das gleiche, was es immer gewesen ist: Frieden durch Stärke. Wir sind für internationale Zusammenarbeit, für die Wahrung des Rechtes und für eine möglichst geringe Anwendung der Stärke. Daher unterstützen wir die Vereinten Nationen, nicht etwa, weil wir sie für eine vollkommene Einrichtung halten, sondern weil wir der Ansicht sind, daß sie sich als ein wirksames Instrument internationaler Zusammenarbeit erwiesen haben und zur Regelung von Streitfragen fähig sind. Wenn auch die Entfremdung der Großmächte die Durchführung ihrer Empfehlungen zeitweilig verhindert hat, so sind sie doch immer noch wertvoll als Forum, auf dem die Ansichten des Ostens und Westens ausgetauscht und diskutiert werden können, und auf die man immer zurückgreifen kann, wenn andere Methoden für die friedliche Regelung von Streitfragen versagt haben oder überhaupt nicht zu Gebote stehen. Da wir an Frieden und Fortschritt glauben, bemühen wir uns, die Last und die Gefahr der Waffen, vor allem der Atomwaffen, auf jede Weise zu mindern, falls eine gleichmäßige internationale Kontrolle gewährleistet ist und die Demokratien nicht die Beute einer geheimen Verschwörung totalitärer Mächte werden können.

Ein wichtiges Anliegen englischer Außenpolitik muß immer das wirtschaftliche Gedeihen unserer dichtbevölkerten Insel sein, die den größten Teil ihrer Nahrungsmittel und Rohmaterialien importieren und mit ihren Exporten

bezahlen muß. Aus diesem Grunde glauben wir Engländer an die Bedeutung des wirtschaftlichen Faktors für internationale Beziehungen. Wir halten es für notwendig, daß die freien Nationen die Wirtschaft auf eine gesunde Basis stellen. Napoleon wollte uns kein Kompliment machen, als er uns eine Nation von Krämern nannte. Aber im Spott lag ein Körnchen Wahrheit. Sir Eyre Crowe wußte es in seinem 1907 geschriebenen berühmten Memorandum besser auszudrücken: „Der Sehnsucht nach Unabhängigkeit folgt an zweiter Stelle die Wertschätzung des freien Handels und Verkehrs auf allen Weltmarktplätzen, und je stärker England den Grundsatz größtmöglicher Handelsfreiheit verteidigt, desto größer wird zweifellos sein Einfluß auf andere befreundete Nationen . . .“ England als Zentrum des Sterlingblocks befürwortet weltumspannende internationale Handels- und Finanzbeziehungen und lehnt daher eine regionale Behandlung der Fragen ab. Dieser Standpunkt gilt sowohl für den Handel zwischen Osten und Westen als auch für den Handel in der freien Welt.

Zu Beginn des Jahres 1952 versuchten die Mitgliedstaaten des Commonwealth die Wirtschaft der freien westlichen Welt im einzelnen und im ganzen auf eine solidere Grundlage zu stellen, und zwar durch eine klare innenpolitische Linie und Regelung der Handelsbeziehungen mit dem Auslande, um auf diese Weise den Handelsverkehr stärker zu liberalisieren und die Konvertibilität zu vergrößern. Schuldner und Gläubiger müssen auf dem Finanz- und Handelsgebiet gleichzeitig Maßnahmen ergreifen. Viel hängt von der Gewißheit ab, daß sich die auswärtige Handelspolitik der Vereinigten Staaten, als größter Gläubigerstaat der Welt, in liberaler Richtung entwickelt. Bis jetzt hat Amerika die in dieser entscheidenden Frage in es gesetzten Hoffnungen noch nicht erfüllt. Es ist aber wichtig, daß der Impuls nicht wieder verloren geht.

Aus zwei Gründen lege ich auf den Wirtschaftsfaktor in dieser dritten Nachkriegsphase besonderen Nachdruck.

Erstens aus Gründen der Verteidigung. Es ist eine Binsenwahrheit, daß ein demokratisches Land ohne gesunde Wirtschaft sich keine adäquate Verteidigung leisten kann. Umgekehrt ist es daher unsinnig, Streitkräfte aufzubauen, deren Umfang die Kapazität der Wirtschaft auf die Dauer übersteigen muß. Oder anders ausgedrückt: Ein Verteidigungsprogramm, das die Wirtschaft eines Landes zu sehr belastet, kann nicht beständig sein. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß die Einführung der neuen langfristigen Verteidigungspolitik, im Volksmunde „New Look“ genannt, mit dem Beginn der dritten Phase internationaler Nachkriegsbeziehungen zusammenfällt. Doch ist das zeitliche Zusammen treffen zu stark dramatisiert worden — im Grunde ist es nur die Folge normaler Regierungstätigkeit, die Verteidigungserfordernisse unter Berücksichtigung drohender Kriegsgefahr, wirtschaftlicher Möglichkeiten und der Entwicklung neuer Waffen und Methoden in der Kriegsführung zu überprüfen. Jedes einzelne Land und die NATO als kollektive Verteidigungsorganisation ist verpflichtet, derartige kombinierte politische,

wirtschaftliche und strategische Überlegungen über Umfang und Art der erforderlichen Streitkräfte anzustellen. Es hat den Anschein, als ob die Kriegsdrohung in der dritten Phase geringer geworden sei, aber der Westen über einen langen Zeitraum hinweg stark und wachsam bleiben müsse. Die englische Verteidigungspolitik paßt sich laufend und methodisch dem wechselnden internationalen Klima an.

Zweitens die Vergrößerung der eigenen Wirtschaft wird die westlichen Mächte instand setzen, die abhängigen oder unabhängigen unterentwickelter Länder stärker zu fördern. Der Kampf gegen die Ausbreitung des Kommunismus wird in der dritten Phase weitgehend vom Urteil der Bewohner unterentwickelter Länder abhängen. Sie werden abwägen, ob ihnen die westliche oder die kommunistische Gesellschaftsform und die Annahme westlicher oder kommunistischer Hilfe bessere Chancen für die Erhöhung ihres eigenen Lebensstandards und die Befriedigung ihres nationalen Ehrgeizes bieten. Vielen Ländern, die zwar unabhängig und durchaus in der Lage sind, in Friedenszeiten eine gesunde Wirtschaft aufzubauen, fehlt es an entsprechenden technischen Einrichtungen und finanziellen Hilfsquellen, unter den heutigen Umständen, eine erforderliche Verteidigungsorganisation aufzubauen. Nach meiner Ansicht müßte den betreffenden Ländern je nach den örtlichen Gegebenheiten die Hilfe in einer Form gegeben werden, die ihnen die Annahme gestattet, und in einem Umfange, der von höher entwickelten Ländern billigerweise gefordert werden darf. Glücklicherweise sind die Vereinigten Staaten mit ihren großen Hilfsquellen bereit, den Löwenanteil der notwendigen umfangreichen Darlehen, Anleihen, Investitionen aller Art sowohl auf dem militärischen wie auf dem zivilen Sektor zu übernehmen. Auch wir leisten einen Beitrag. Obgleich die Vereinigten Staaten die Hauptlast der Verantwortung für die Unterstützung Griechenlands und der Türkei, jetzt glücklicherweise Mitglieder der NATO, übernommen haben, helfen wir zusammen mit den Vereinigten Staaten, den Niederlanden und Frankreich dem Iran bei der Erhöhung des Bodenertrages, und in den arabischen Ländern sind in erster Linie immer noch wir für die Verteidigung und Förderung dieser unterentwickelten und hoch empfindlichen Gegend verantwortlich. Wir in England empfinden eine große Befriedigung über die Ende Juli innerhalb zweier kurzer Wochen erfolgten Lösung langwieriger Streitfragen zwischen Ägypten, Saudi-Arabien und dem Iran, und wir erkennen den Beitrag an, den die amerikanische Diplomatie zur Erreichung dieser Ergebnisse geleistet hat. Wir hoffen, daß durch diese Abkommen die Stellung des Westens im Mittleren Osten stärker und die Beziehungen zu seinen Völkern besser werden. Sie werden England erlauben, wieder bewegliche Reserven aufzubauen, wodurch es mehr Bewegungsfreiheit in anderen Ländern der Erde erhalten wird.

Die englischen Inseln sind natürlich nur das Herz des englischen Reiches. Unser Schicksal, unsere Wirtschaft und Gefühle aber sind eng mit den anderen souveränen Staaten des Commonwealth verbunden, was zu einer einzigartigen und

vielfältigen Zusammenarbeit zwischen England, den übrigen Staaten mit vorwiegend englischem Charakter und den neugebildeten, durch die Umformung der alten Kulturen Indiens entstandenen Nationen geführt hat. Wir sollten Sorge, Mühe und Geld nicht scheuen, um den noch abhängigen Ländern des Empire zur Selbstregierung zu verhelfen und ihre Entwicklung zu fördern.

Eine Diskussion der Kolonialfrage in diesem Zusammenhang hat oft die wahren Probleme nur verdunkelt, in denen es darum geht, die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Völker so weit voranzutreiben, daß sie in der Lage sind, sich in der heutigen Welt zu behaupten. Immer noch neigen die Amerikaner dazu, ihr Wissen über den Kolonialismus aus Schulbüchern und unklaren Vorstellungen über die rotrockigen britischen Soldaten zu beziehen; oder sie denken an die wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonialgebiete gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Das alles gehört der Vergangenheit an. Kein ehrlicher Kritiker könnte England jetzt noch des Mangels an kühner Initiative bei der Förderung von Selbstregierungsbestrebungen in den englischen Kolonien zeihen. Viele Leute sind im Gegenteil in den letzten Jahren sogar der Ansicht gewesen, wir gingen zu schnell vorwärts. Nach unserer Überzeugung haben wir die Aufgabe übernommen, abhängige Völker soweit zu fördern, daß sie imstande sind, die wachsende Vielfalt eines modernen Staates zu meistern. Dieser

Der Ferne Osten noch immer Prüfstein westlicher Diplomatie

Über die Europapolitik Englands möchte ich an dieser Stelle nicht viel sagen. Sie beschränkt sich auf die Unterstützung einer schrittweisen Integration. Noch immer ist Europa von entscheidender Bedeutung. Es befindet sich gerade wieder an einem Wendepunkt. Mit großer Befriedigung kann man es nur zur Kenntnis nehmen, daß die englische und amerikanische Politik gerade auf diesem entscheidenden Gebiet eng und harmonisch zusammenarbeitet.

Der Ferne Osten aber dürfte noch immer der wahre Prüfstein westlicher Diplomatie sein. Dem Westen stellt sich die große Aufgabe, in den freien Teilen Asiens Bereitwilligkeit und Fähigkeit, sich gegen den chinesischen Imperialismus zu behaupten, zu fördern und zu erhöhen. Denn der Westen kann diese riesengroße und nie endende Aufgabe nicht allein bewältigen, wenn der größte Teil Asiens gleichgültig zuschaut oder sich sogar feindlich verhält. Die beiden Schlüsselkräfte sind Indien als das größte und einflußreichste Land im freien Asien, und Japan mit seinem großen industriellen und technischen Potential. Aber auch jede andere Nation in Süd- und Ostasien spielt eine Rolle. Wir müssen uns nach meiner Ansicht im Fernen Osten so verhalten, daß die asiatischen Völker von unseren guten Absichten überzeugt sind und uns zu Verbündeten in ihrem Kampfe gegen den kommunistischen Imperialismus machen, der sich hinter dem trügerischen Kampfruf „Asien den Asiaten“ verbirgt. Ob unsere Taten und unser Verhalten die noch an keine Seite gebundenen Völker Asiens über-

Pflicht müssen wir auch weiterhin nachkommen. Es erübrigt sich wohl, an dieser Stelle die schnelle Entwicklung an der Goldküste und in Nigeria, die Pläne für einen Staatenbund in Westindien und die in Malaya und Kenia — ungeachtet der ungeordneten Verhältnisse — erzielten Fortschritte zu erwähnen.

Es wird auch viel wirres Zeug über den „Kolonialismus“ mancher Gegend geredet, so z. B. über den Mittleren Osten. Da der Kommunismus seine Angriffe auf den vermeintlichen Kolonialismus und Imperialismus des Westens wahrscheinlich intensivieren wird, müssen wir uns unbedingt über die Bedeutung der Begriffe klar werden und keine Ausdrücke gebrauchen, die unsere Stellung untergraben könnten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind viele Länder wirtschaftlich und militärisch ohne auswärtige Hilfe offensichtlich nicht lebensfähig. Diesen Ländern aber kann nur geholfen werden, wenn sie selbst auf halbem Wege entgegenkommen. Die Vereinigten Staaten (und das Vereinigte Königreich) verbinden ihre Hilfe mit einem absoluten Minimum an Einmischung in die Angelegenheiten und Zielsetzungen der betreffenden Länder. Die Sowjetunion hingegen und zweifellos auch Rotchina würden ihre Unterstützung nur bei einem Maximum an zentraler Kontrolle, Bedrückung und Unterordnung gewähren.

zeugen können oder nicht zu überzeugen vermögen, daß sie bei einem Anschluß an den Westen die größere Chance haben, ihre nationalen Zielsetzungen zu erreichen und Lebensstandard und Wohlergehen zu erhöhen, das wird das Ergebnis unserer Bemühungen bestimmen. Aus diesem Grunde sind wir in England der Ansicht, daß der Westen sich nicht in Asien durch Krieg oder Blockade mit einer Politik der Zerstörung identifizieren noch irgendeinem asiatischen Lande etwas vorenthalten darf, was die Asiaten als ihren rechtmäßigen Anspruch betrachten. Aus dem gleichen Grunde schenken wir den Standpunkten der sogenannten „Colombo-Mächte“ Beachtung, was einige Amerikaner für übertrieben halten. Gerade jene Nationen aber wollen wir ja auf unsere Seite ziehen. Natürlich müssen wir uns Angriffen widersetzen. Aber das wahre Problem besteht in der Stärkung des Widerstandes gegen Durchdringung und Unterwanderung, deren sich wahrscheinlich der Kommunismus in den allernächsten Jahren zur Ausbreitung bedienen wird. Es muß daher unser Hauptziel sein, das von China zerstörte Gleichgewicht der Kräfte in Asien geduldig wieder aufzubauen. Hierfür muß jede Kraftquelle erschlossen werden. Es verlangt von Indien die Übernahme von Verantwortung. Indien hat, zuerst in Korea und dann in Indochina, ständig an Bedeutung gewonnen und die Last der Verantwortung auf die Schulter genommen.

Wenn es uns glückt, ähnlich wie in den von Rußland auch in den von China bedrohten Ge-

bieten eine Art Gleichgewicht herzustellen, wird die Drohung einer kommunistischen Expansion durch Waffengewalt geringer werden. Es wird dann unsere Aufgabe sein, durch günstigere Lebensbedingungen auf der westlichen Seite mit der Unterwanderung und Infiltration fertig zu werden. Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt müssen ständig sich auf dem Vormarsch befinden.

Die entscheidende Frage ist vielleicht, ob eine „friedliche Koexistenz“ zwischen der kommunistischen und nicht-kommunistischen Welt möglich ist. Obgleich dieser Ausdruck heute ganz allgemein gebraucht wird, schätze ich ihn nicht übermäßig. Denn im sowjetischen Sprachgebrauch hat er einen technischen Sinn und deshalb im Westen und Osten jeweils eine ganz verschiedene Bedeutung. Die Russen bezeichnen damit eine vorübergehende Entspannung, die ihnen Zeit läßt, das kommunistische Potential zu stärken und die Entschlußkraft der freien Welt zu untergraben. Also eine Art „vorübergehende Kriegsunlust“. Die Herstellung eines „modus vivendi“ zwischen Ost und West halte ich hingegen für unser Ziel. Da dieser Ausdruck einer toten Sprache angehört, wird sein Sinn vielen dunkel bleiben, und er ist daher weit weniger der Gefahr ausgesetzt, ein volkstümliches Schlagwort zu werden. Außerdem kommt er der Idee eines auf dem Frieden durch Stärke ruhenden Gleichgewichts viel näher als irgendein anderes Synonym.

Zwischen England (und Europa im allgemeinen) und den Vereinigten Staaten gibt es zweifellos einen bemerkenswerten Unterschied in der allgemeinen Ansicht, ob die Herstellung eines „modus vivendi“ nur ein wünschenswertes oder auch ein erreichbares Ziel ist. Die Voreingenommenheit Amerikas gegenüber Rotchina scheint die amerikanische Politik gegenüber dem Ostblock entscheidend zu beeinflussen. Die Vereinigten Staaten weigern sich grundsätzlich, die Bedeutung oder auch nur die Beständigkeit des kommunistischen Regimes in Peking anzuerkennen. Gibt es denn überhaupt einen beschreibbaren Mittelweg in den Beziehungen zu Rotchina, der zwischen der Politik des Präsidenten Syngman Rhee und der der englischen Regierung liegt? Gibt es auf die Dauer gesehen einen dritten Weg, der zwischen dem Kampf gegen Rotchina und einer Verständigung mit ihm liegt? Die kritischen Äußerungen in Europa entzündeten sich wahrscheinlich nicht einmal so sehr am Verlauf der amerikanischen Politik, sondern sind wohl vor allem der Ausdruck der Besorgnis, daß diese Politik in eine Sackgasse führen könnte.

Es handelt sich nicht einfach darum, ob Rotchina „in diesem Jahr, im nächsten vielleicht, irgendwann oder niemals“ den Platz Chinas in den Vereinten Nationen einnehmen wird. Es handelt sich um viel mehr als nur um diesen einen politischen Akt. Westliche Demokratien können aus grundsätzlichen Erwägungen keine aggressive Politik treiben, da dies ihrer Überzeugung widersprechen würde. Deshalb müssen sie nach unserer Ansicht zu Verhandlungen bereit sein. An diesem Punkte aber machen sich allgemein verbreitete Vorurteile bemerkbar. Verhandlungen werden für gleichbedeutend mit einer „Politik

der Milde“, der Schwäche, für ein neues München, ein neues Jalta gehalten, für eine Parallele zu historischen Ereignissen, deren wirkliche Bedeutung die meisten Menschen nur dunkel in Erinnerung haben. Man sagt uns, man könne mit kommunistischen Ländern nicht verhandeln, sie seien unzuverlässig, unaufrichtig usw. Vielleicht sind sie wirklich so, und wenn es zutrifft, dann wären wir ja bereits gewarnt und genügend gerüstet. Aber wir müssen doch irgendeine Politik treiben. Sir Winston Churchill sagt, „Reden sei besser als Krieg führen“, das ist sein politisches Dogma. Präsident Syngman Rhee sagt, „Krieg

führen sei besser als reden“, das ist wenigstens eine klar verständliche Politik, was man auch immer von ihr halten mag. Aber „weder zu reden noch Krieg zu führen“ ist bestimmt keine wirksame Politik, wenn man es überhaupt als eine solche bezeichnen will. Natürlich können Verhandlungen nur von einer starken Position aus geführt werden. Hinter ihnen müssen ein fester und einmütiger Wille, eine gutorganisierte Wirtschaft und starke Streitkräfte stehen. Ein *modus vivendi* mit den kommunistischen Nationen läßt sich nur bei dauernden gleichwertigen physischen und moralischen Kräften erreichen.

„Einigkeit, Treue, Wachsamkeit“

Ich sagte schon an anderer Stelle, daß die Aufrechterhaltung der anglo-amerikanischen Freundschaft, unter der ich eine Freundschaft im weitesten Sinne zwischen dem Commonwealth und den Vereinigten Staaten verstehe, der entscheidende Faktor sein wird. Und da wir dazu neigen, unsere Meinungsverschiedenheiten zu verherrlichen und zu preisen und unsere gemeinsamen Ansichten unbeachtet zu lassen, möchte ich einige Worte über die anglo-amerikanischen Beziehungen sagen. Ohne die allgemeine und vielleicht auch offizielle unterschiedliche Beurteilung in beiden Ländern der, was ich vielleicht kurz die drei C's — China, Colonialismus und Coexistenz — nennen darf, leugnen zu wollen, bleibt es eine Tatsache, daß es sich bei den so viel diskutierten „Rissen“ im Jahre 1954 fast immer nur um eine unterschiedliche Zeitauffassung gehandelt hat. Auf dem Gebiet der Außenpolitik scheinen Amerikaner gegen Verhandlungen garnichts einzuwenden haben, aber sie sind versessen auf handgreifliche Ergebnisse. Sie setzen zeitliche Grenzen und zwar sehr kurze. Die Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit ist viel stärkeren Schwankungen unterworfen — ich spreche hier nicht von der Meinung der Regierung — als in anderen Ländern: Am heutigen Montag ist sie für Intervention und eine Woche später für Isolationismus. Im Gegensatz dazu verändert sich die Meinung der englischen Öffentlichkeit viel langsamer, ihre Geduld ist viel größer. Und Geduld ist erforderlich. Alles in allem genommen waren 8 Jahre notwendig, um das Problem der Suez-Militärstützpunkte zu lösen. Vier Jahre waren erforderlich, um nach der Aufgabe von Abadan die Lage in Persien wieder herzustellen. Wieviele Jahre müssen demnach darangegeben werden, um die viel schwierigeren fernöstlichen Probleme zu lösen? Engländer und Amerikaner wählen fast immer die gleichen Wege, doch bewegen sie sich nicht im gleichen Tempo. Nur wenn sie gerade auf der gleichen Höhe sind, befinden sie sich in vollkommener Harmonie miteinander. Wir müssen versuchen, dafür Verständnis zu haben.

Wir müssen außerdem versuchen, die Bildung von Mythen zu verhindern. In den Vereinigten Staaten kann man oft die Ansicht vernehmen, daß die Engländer nur aus selbstsüchtiger Berechnung handelten, während die Amerikaner in der Außenpolitik nur die hehrsten moralischen Grundsätze walten ließen. In England

hingegen kann man hören, daß die Amerikaner zwar die Macht besäßen, in der Diplomatie aber unglücklicherweise naiv und unerfahren seien und sich von der höheren Weisheit der zwar verarmten, aber klugen und erfahrenen Engländer leiten lassen sollten. Wir können uns in dieser dritten Nachkriegsphase der internationalen Beziehungen angesichts des gerissenen geschmeidigen Widersachers so selbstverherrlichende, die Ziele nur trübende Vergleiche nicht leisten. Darum müssen wir vor allen zusammenhalten, um auf strategischem und wirtschaftlichem Felde der kommunistischen Welt überlegen bleiben zu können. Die freie Welt muß das Militärpotential aufrecht erhalten, was eine wesentliche Voraussetzung zur Bewahrung des Gleichgewichts zwischen den beiden Welten ist. Wie brauchen die NATO, MEDO (Middle East Defense Organization), SEADO (South East Defense Organization) — Organisationen, die die Kommunisten nur zu gern sprengen oder verhindern möchten. Niemals darf unsere Wachsamkeit einschlafen, noch dürfen wir aufhören, unsere Hoffnung und Überzeugung laut zu verkünden, daß schließlich doch die Freiheit den Sieg davontragen wird. Wir sollten, wie es in der Washingtoner Erklärung vom 29. Juni 1954 heißt, „niemals teilhaben an einer Regelung oder einem Vertrag, durch den die unfreiwillige Knechtung souveräner, jetzt geknebelter Staaten bekräftigt und verlängert wird.“ Aber es hieße, jegliche Entwicklung und Veränderung innerhalb der menschlichen Gesellschaft verneinen, wenn man es für unmöglich halten würde, einen *modus vivendi* zu erreichen und zu erhalten. Die Geschichte lehrt, daß totalitäre Tyrannen den Keim der Zerstörung in sich tragen. Sicher hat Dulles recht in seinem Glauben, daß „die Zeit und die Grundwahrheiten“ unsere mächtigsten Verbündeten sind. Ich kann nicht glauben, daß das sowjetische System so vollkommen der menschlichen Psyche und wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit entspricht, daß es sich nicht selbst widerlegt oder im Laufe der Zeit verändert, wenn wir nur unsere Stärke und den Glauben an unsere Ideale bewahren. „Einigkeit, Treue, Wachsamkeit“ waren Sir Winston Churchills Leitworte, an die wir uns alle oft erinnern sollten.

Nach meiner Ansicht müssen wir uns in der dritten Phase in dieser einzig annehmbaren po-

litischen Richtung bewegen. Die düstere und äußerste Wachsamkeit fordernde Form der Koexistenz ist keineswegs die Welt, die wir uns erhofften. Doch verfügen wir über genügend Kraft- und Energiequellen und über Schutzmöglichkeiten, um den uns am Herzen liegenden Dingen des Lebens weiter nachgehen zu können. Die beiden übrigen Alternativen sind unerträglich, weil wir die heiligsten Güter des

Lebens aufgeben und uns selbst zerstören würden. Alle Kompromisse abzulehnen, alle Friedenshoffnungen fahren zu lassen und schrittweise und unaufhaltsam einem totalen Krieg, einem Massenmord durch thermonukleare Waffen oder sonstige Vernichtungswaffen entgegenzugehen, das wäre die eine Alternative. Vielleicht würden wir siegen, jedoch nur diejenigen, die überleben — Sieger auf einer Welt voller

Ruinen. Dies aber wäre die andere Alternative: Wir verzichten auf „Einigkeit, Treue und Wachsamkeit“ und suchen nur unseren eigenen unmittelbaren Vorteil, bis der sich ausbreitende Kommunismus uns einen nach dem andern verschlingt, ein Schicksal, das für einen freien Menschen ebenso entsetzlich ist wie ein totaler Krieg, denn es schlägt ihn nicht nur mit Zerstörung, sondern auch mit der Schande.

GERHARD RITTER

Der Gegensatz zwischen Ost und West in den außenpolitischen Plänen der deutschen Widerstandsbewegung

Das Gedächtnis der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler ist in diesem Jahr in besonders feierlicher Form in Berlin begangen worden: durch eine Erinnerungsrede, die der Herr Bundespräsident in Anwesenheit der Bundesregierung, des Bundestags und einer Gruppe von Überlebenden und vieler Familienangehörigen der Opfer des 20. Juli 1944 hielt. Anlaß bot die 10. Wiederkehr dieses Gedächtnistages. Mein Wunsch, zu dieser Gedächtnisfeier die von mir verfaßte Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung der Öffentlichkeit vorzulegen, ließ sich leider nicht mehr rechtzeitig verwirklichen. Das Buch wird aber nunmehr noch vor Weihnachten erscheinen¹⁾, und ich folge gern einer Einladung dieser Zeitschrift, ihre Leser im voraus auf eines der vielen historisch — politischen Probleme hinzuweisen, die darin erörtert werden: auf die Frage nämlich, welche Rolle der Gegensatz zwischen West und Ost in den außenpolitischen Plänen der Oppositionsgruppe gespielt hat.

Warum diese Frage politisch von besonderer Wichtigkeit ist, brauche ich nicht erst ausführlich darzulegen. Welche Pläne hatten die Männer des 20. Juli für die deutsche Zukunft: für den Aufbau eines neuen Deutschland und für seine außenpolitische Stellung in der Welt? Wollten sie sich ebenso eindeutig an die Westmächte anschließen wie die heutige Bundesregierung oder dachten sie an eine Mittelstellung zwischen West und Ost? Gab es etwa gar eine Gruppe unter ihnen, die lieber mit dem bolschewistischen Rußland paktieren wollte als mit den Siegermächten des Westens? Das Letztere ist in dem bekannten Buch von Gisevius „Bis zum bitteren Ende“ bejaht worden, und der ihm befreundete Amerikaner Allen Welsh Dulles, ein Bruder des jetzigen Außenministers der USA, ist ihm darin gefolgt. Da diese beiden Bücher die ersten waren, die überhaupt über die deutsche Widerstandsbewegung erschienen, haben sie weithin die Vorstellungen der Welt über diese Bewegung bestimmt. Nach ihrer Schilderung gab es da einen rechten Flügel, geführt von Carl Goerdeler und dem früheren Generalstabschef Beck, der mit den Westmächten nähere Verbindung suchte, und einen linken sozialistischen, der seine Hoffnungen auf Rußland setzte — einen bürgerlichen, der dem revolutionären Treiben der Nazi ein Ende machen wollte, und einen antibürgerlichen, der von einer neuen Weltrevolution, Arm in Arm mit den Bolschewisten, träumte. Ist das richtig?

Nun ist zunächst zu sagen, daß die Bemühungen der Verschwörung immer wieder gescheitert waren, von den Staatsmännern des Westens irgendwelche Zusagen eines gemäßigten, für Deutschland günstigen oder wenigstens tragbaren Friedens für den Fall zu erlangen, daß Hitler von ihnen gestürzt und eine neue, freiheitlich und rechtlich denkende Regierung errichtet würde. Alles, was man seit Januar 1943 von der Politik der Angelsachsen mit Sicherheit wußte, war ihr laut verkündeter Entschluß, weiterzukämpfen bis zur „bedingungslosen“ Unterwerfung Deutschlands. Unter diesen Umständen lag es offenbar nahe, trotz aller Abneigung gegen den Bolschewismus auch einmal nach Osten Fühler auszustrecken.

Zeitweise schien auch die russische Politik einem solchen Bedürfnis entgegenzukommen. Ermutigend konnte schon der bekannte Tagesbefehl Stalins vom 23. Februar 1942 wirken, in dem es hieß: „Es wäre lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volke, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte zeigen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Ein solches Wort hat man in Deutschland vom Westen her nie gehört und die russische Propaganda hat es bis Kriegsende in immer neuen Wendungen wiederholt.

Aber es war nicht nur Propaganda, was die deutsche Opposition zu einer Fühlung mit Moskau ermutigen konnte. Wir können ziemlich genau verfolgen, wie mißtrauisch Stalin gegen seine westlichen Alliierten war, die so unendlich lange brauchten, bis sie mit eigenen Landtruppen zum Kampf gegen Hitler antraten. War es am Ende die Absicht der „kapitalistischen“ Mächte, ihre kommunistischen Alliierten sich bis zu äußerster Erschöpfung ausbluten zu lassen, um zuletzt selber als Schiedsrichter über den Kontinent zu triumphieren und die Früchte des Sieges allein einzuheimsen? Stalins Verdacht gründete sich u. a. auf die Erfahrung, daß man sich in London, vor allem aber in Washington zunächst überaus harthörig zeigte gegenüber seiner Forderung nach vertraglicher Festlegung einer strategisch günstigen Westgrenze Rußlands. Die Vereinigten Staaten haben sich bis zum Winter 1944/45 überhaupt auf keinen förmlichen Allianzvertrag mit den Sowjets eingelassen. Jedes Geheimabkommen über Grenzsicherungen vor der künftigen Friedenskonferenz lehnten sie energisch ab. Staatssekretär Cordell Hull fürchtete maßlose Ausdehnungswünsche der Russen, wenigstens im ersten Kriegsjahr 1941/42. Er war bestürzt zu hören, daß Stalin bei den Vorbesprechungen zum

¹⁾ Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. 610 S. u. Register.

russisch-englischen Bündnisvertrag nicht nur die Preisgabe Finnlands und der baltischen Staaten an Rußland forderte, sondern zugleich die Garantie einer Rückgabe aller durch den Hitlerpakt 1939 erworbenen polnischen und rumänischen Gebiete — außerdem die Zerstückelung Deutschlands durch Abtrennung von Ostpreußen, dem Rheinland, Verselbständigung Bayerns und Österreichs und Wiederherstellung der früheren Verhältnisse in Böhmen und Südosteuropa. Churchill, der diese Forderungen zunächst abgelehnt hatte, war im Mai 1942 wenigstens zu einem Kompromiß bereit. Schließlich erreichte Cordell Hull aber doch, daß der Londoner Allianzvertrag (vom 26. Mai) von allen Grenzgarantien frei blieb, ja daß sogar in Art. 5 als Grundsatz festgelegt wurde, die Verbündeten wollten „weder nach territorialen Erweiterungen für sich selbst streben noch sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen.“ Bei dieser ablehnenden Haltung spielte sowohl in London wie in Washington die Rücksicht auf Wünsche der polnischen Exilregierung in England eine gewisse Rolle.

Die Frage war nur, wie lange diese polnischen Emigranten mit ihren Wünschen die Unterstützung der Westmächte finden würden. Es ist in der Tat ein höchst aufregendes Schauspiel zu verfolgen, wie die ebenso kluge wie zähe Politik Stalins sich Schritt für Schritt in den folgenden Kriegsjahren gegen alle Widerstände vorankämpfte auf dem Weg zu seinen Machtzielen: Sicherung Rußlands durch einen Wall von kommunistisch regierten Vasallenstaaten, Zerstückelung Deutschlands, Beherrschung und Ausbeutung einer russischen Okkupationszone, endgültige Ausrottung des deutschen „Militarismus“. Dabei erwies sich Stalin in der Klarheit und harten Konsequenz seines Zielstrebens seinen westlichen Mitspielern weit überlegen.

Doppelspiel mit Deutschland

Auf die volle Höhe ihrer Aktivität gelangte die sowjetische Außenpolitik erst seit dem großen Sieg von Stalingrad. Ihr Fernbleiben von der Konferenz der Westmächte in Casablanca bewirkte sofort jene Proklamation, man werde weiterkämpfen bis zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands — eine Forderung, durch die sich die Westmächte selbst den Weg versperrten zu einer Deckung Deutschlands gegen maßlose sowjetische Machtansprüche. Die Bestrebungen der polnischen Exilregierung in London wurden dadurch lahm gelegt, daß man am 1. März 1943 in Moskau eine „Union polnischer Patrioten“ gründete, die später als Werkzeug zur Begründung eines polnischen Vasallenstaates diente. Gleich darauf konnte die russische Diplomatie feststellen, daß man in London und in Washington bereit war, Ostpolen ungefähr bis zur Grenze von 1939 an Rußland auszuliefern und die Polen dafür durch viel deutsches Land zu entschädigen. Daraufhin wurden die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung abgebrochen. Vier Wochen später wurde die Komintern aufgelöst, dadurch die Furcht des Westens vor dem Bolschewismus verringert und der Weg freigemacht zur Verbindung kommunistischer mit nationalistischen und demokratischen Kräften. Der tschechische Expräsident Benesch kam nunmehr nach Moskau und stellte sein Land unter den „Schutz“ des großen östlichen Nachbarn. Für den Herbst plante man eine Konferenz der Außenminister in Moskau; sie sollte ein Zusammentreffen der „Großen Drei“ vorbereiten: Roosevelts, Churchills und Stalins. Diesem großen Ereignis arbeiteten die Sowjets höchst wirksam vor, indem sie in Washington von einem Angebot der Japaner berichteten, zwischen ihnen und Hitler einen Sonderfrieden zu vermitteln (16. September). Wichtiger noch: sie trieben ein höchst seltsames Doppelspiel mit Deutschland.

Seit Ende 1942 bestand in Stockholm eine kunstvoll getarnte, tief geheime Verbindung zwischen einem Mitarbeiter Ribbentrops, Peter Kleist und einem Mittelsmann der russischen Diplomatie namens Klaus, der zum Auslandsdienst der russischen Staatspolizei mehr oder weniger geheimnisvolle Beziehungen besaß. Dreimal wiederholte Klaus dasselbe Angebot an den deutschen Mittelsmann: Sonderfrieden auf der Basis der Grenzen von 1939 oder von 1914, freie Hand für Rußland in der Meerengenfrage und in Asien und ausgedehnter gegenseitiger Wirtschaftsverkehr, das alles auszuhandeln in geheimen Konferenzen bevollmächtigter Diplomaten an neutralem Ort. Die Wiederholung des Angebots ist um so erstaunlicher, als Kleist nur immer von neuem melden konnte, daß

Hitler sich weigere, über einen Sonderfrieden überhaupt zu verhandeln und nur die Fortsetzung der einmal angesponnenen Verbindung in möglichst „privater“ Form wünsche, tief mißtrauisch und zugleich fanatisch in seinen Glauben an den „Endsieg“ verbissen. Nun ist schwer vorzustellen, daß Stalin nach der Erfahrung von 1941 jemals geglaubt haben sollte, mit Hitler einen dauerhaften Frieden schließen zu können. Das Wahrscheinlichste dünkt mir, daß man in Moskau auskundschaften wollte, ob und wie weit es überhaupt möglich wäre, den westlichen Alliierten mit einem Sonderfrieden zu drohen, falls sie sich gegen Stalins territoriale Forderungen auch weiterhin hartnäckig zeigten.

Praktisch erwiesen sich solche Drohungen aber sehr bald als unnötig. Schon im August 1943, auf der Konferenz Churchills mit Roosevelt in Quebec, zeigten sich beide Staatsmänner so beglückt darüber, überhaupt mit Stalin in unmittelbare Fühlung zu kommen, daß sie zu den größten Konzessionen bereit waren. Eben damals scheint sich in der Umgebung Roosevelts die Auffassung durchgesetzt zu haben, Rußland würde die große Weltmacht der Zukunft sein, ganz Europa nach der Niederwerfung Deutschlands überschattend. Eben deshalb mußte die Politik der Vereinigten Staaten alles aufbieten, um mit dieser kommenden Macht gut Freund zu sein, womöglich sie zur Mithilfe bei der Niederwerfung Japans zu gewinnen. Das war also genau das Gegenteil der Politik, die Goerdeler und seine Freunde so oft als natürliche Staatsräson der Westmächte sich ausgemalt hatten und auf die sie immer wieder vertrauten. Die Konsequenz war grausam für uns Deutsche und verhängnisvoll für Europa. Man willigte darein, Deutschlands Osten systematisch der Freundschaft zu opfern, die Roosevelt und Churchill von Rußland erhofften. Um ihretwillen hat man es seiner Ostprovinzen beraubt, als Machtfaktor völlig zerstört, zur Hälfte seines Gebietes praktisch der östlichen Siegermacht ausgeliefert.

Nur auf dem Hintergrund dieser Entwicklung der allgemeinen weltpolitischen Lage rücken gewisse Erwägungen der deutschen Opposition im Herbst 1943, ob es nicht an der Zeit wäre, in Moskau statt in London Fühlung zu suchen, in die richtige Beleuchtung. In der Tat: in diesen entscheidungsvollen Monaten zwischen August und Dezember 1943, ehe sich West und Ost in dem Programm einer gemeinsamen Zerstückelung Deutschlands zusammenfanden, war der letzte Augenblick für einen so gewagten äußersten Rettungsversuch. Er war dadurch begünstigt, daß die russische Politik gleich nach Stalingrad damit angefangen hatte, ihrerseits Fühlung mit der deutschen Generalsopposition zu suchen. Die Kapitulation der Sechsten Armee in Stalingrad brachte nämlich eine ganze Menge Generale und höhere Generalstabsoffiziere in die Hand der roten Machthaber — Offiziere, von denen viele recht laut ihre tiefe Erbitterung über Hitler und seine sinnlose Opferung von Hunderttausenden deutscher Soldaten äußerten. Sollte es am Ende jetzt möglich sein, deutsche Generale, darunter bekannte Heerführer, dahin zu bringen, daß sie die deutschen Soldaten zur Preisgabe ihres Führers, zum Niederlegen der Waffen oder zum Überlaufen aufforderten? Die dazu nötige Verhüllung des eigenen „antikapitalistischen“ Programms durch liberale Schlagworte machte so wenig Beschwerden, wie kurz vorher die formelle Auflösung der „Komintern“. Ideologische Bedenken hatten zu schweigen, wenn es so große Vorteile zu erringen galt: Erschütterung der deutschen Kampfmoral an der Front, Ermutigung der bürgerlichen Opposition im Innern und schließlich, als optischen Effekt in London und Washington, die indirekte Warnung: man könnte auch wohl mit Hilfe einer deutschen Oppositionsregierung zum Frieden kommen.

Der „Deutsche Offiziersbund“

Man steckte also gefangene Offiziere in Sonderlager, besonders solche mit alten ostelbischen Adelsnamen, und brachte sie durch eine raffinierte Mischung von Terror und Verlockungen dazu, sich einem „Deutschen Offiziersbund“ anzuschließen, der sich unter der Führung des Generals von Seydlitz förmlich von Hitler lossagte. Das von ihm proklamierte Zukunftsprogramm klang völlig liberal und ließ nicht das Geringste mehr von kommunistischem Beigeschmack merken. Es war auf die deutsche bürgerliche Opposition, aber wohl auch auf das amerikanisch-englische Publikum berechnet, dessen „Kommunistenfurcht“ es vermindern sollte. Erstaunlich ist, daß es gelang, von Moskau her sogar die kommunistische Untergrundbewegung in Deutschland auf ein völlig liberales

Programm umzuschalten und zum Versuch einer Annäherung an die bürgerlich-adlige Oppositionsgruppe zu bewegen. Dieser Versuch ist freilich sehr rasch gescheitert, und irgendeine Verbindung zwischen der Seydlitzbewegung und der Verschwörergruppe um Beck, Goerdeler und Graf Moltke ist nie zustande gekommen.

Ebenso wenig hat jemals ein Plan bestanden, wie ihn Gisevius schildert: ein Plan der sozialistisch gesinnten Mitglieder des sogen. Kreisauer Kreises um den Grafen Moltke, Arm in Arm mit den Kommunisten und den in Deutschland tätigen Fremdarbeitern eine Art von Weltrevolution durchzuführen, ein Programm, das angeblich auch Graf Stauffenberg, der Attentäter des 20. Juli, voll glühenden persönlichen Ehrgeizes verfolgt haben soll. In diesem Zusammenhang soll vor allem der junge Diplomat Adam von Trott zu Solz als außenpolitischer Bereiter des Kreisauer Kreises für eine Fühlungnahme mit dem Osten, d. h. mit Stalin, statt mit dem Westen eingetreten sein.

Adam von Trott zu Solz und seine „Botschaft“

Nun steht fest, daß von Trott im Januar 1943 in der Schweiz dem Amerikaner Allen Welsh Dulles eine Art von Botschaft überbracht hat, die revolutionäre Zukunftsperspektiven zu eröffnen schien. Sie malt, mit reichlich vagen Pinselstrichen, die Gefahr einer sozialen Revolution der ins Elend Gestoßenen an die Wand, um damit die Politiker des „kapitalistischen“ Westens von einer totalen Zertrümmerung des deutschen Wirtschaftspotentials und der totalen Zerstörung deutscher Macht und Ehre abzuschrecken. Trott hat diese Warnungen im April 1944 durch eine Neue Botschaft an Dulles ergänzt. Er berichtet darin von der neuerlich stark gesteigerten Aktivität der kommunistischen Untergrundbewegung Deutschlands, von ihrem Zusammenhang mit dem „Komitee Freies Deutschland“ und von ihrer Unterstützung durch die russische Regierung. Die daraus entstehende Gefahr sei gesteigert durch die Anwesenheit sehr zahlreicher, mangelhaft bewachter russischer Kriegsgefangener im Lande. Besonders gefährlich wirke sich die Tatsache aus daß immer neue „konstruktive Ideen und Pläne“ für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege von Moskau kämen und durch eine wohlorganisierte Flüsterpropaganda in den Massen verbreitet würden. (Gemeint sind offenbar die „Freiheitsprogramme“ des Moskauer Nationalkomitees). Von Westen käme nichts dergleichen, immer nur Drohungen mit bedingungsloser Unterwerfung. Die deutschen Sozialistenführer glaubten infolgedessen ein starkes Abgleiten der Massen zur extremen Linken zu beobachten. Um die deutsche Arbeiterschaft für die westliche Demokratie zu gewinnen, müßte diese der sozialistischen Widerstandsgruppe zu Hilfe kommen. Sie sollten sie ermutigen durch öffentliche Erklärungen, daß die westlichen Regierungen die Teilnahme sozialistischer Führer an einer neu zu bildenden deutschen Regierung willkommen hießen; daß eine deutsche Arbeiterbewegung sich künftig würde frei organisieren dürfen, ohne die Einmischung „arbeiterfeindlicher, kapitalistischer Gruppen des Westens“ befürchten zu müssen; schließlich: daß ein erneuertes Deutschland freie Selbstverwaltung würde genießen dürfen und nicht befürchten müsse, eine bloße Puppenregierung von „deutschen Quizlings“ zu erhalten. Außerdem wäre es wünschenswert, eine ähnlich regelmäßige Verbindung der Sozialdemokraten mit den „fortschrittlichen Kräften des Westens“ herzustellen, wie sie die Kommunisten nach Moskau hin besäßen.

Diese Botschaft enthüllt mit großer Klarheit, wie mir scheint, die wahre politische Haltung der Sozialistengruppe um Julius Leber, der vermutlich ihr geistiger Urheber (oder doch Anreger) gewesen ist. Diese alten Sozialdemokraten sind durchaus keine Freunde, sondern entschiedene Gegner des Kommunismus; sie streben ebenso wie die bürgerliche Opposition eine enge Verbindung mit dem Westen an. Aber sie sind von der Furcht beherrscht, die Massen an die extreme Linke zu verlieren, wenn sie sich unter die Führung eines bürgerlich liberalen Mannes wie Goerdeler stellen und wenn der Westen gar nichts tut, um die alte sozialistische Besorgnis von „kapitalistischer Reaktion“ zu zerstreuen und die lockenden Parolen aus Moskau durch eine geeignete, gut beratene Gegenpropaganda zu übertrumpfen. Man kann aber nicht sagen, daß sie mit einer grundsätzlichen Abwendung von West nach Ost auch nur geliebäugelt hätten.

Trott zu Solz hat nicht mit einem Abschnenken der deutschen Opposition ins russische Lager gedroht, sondern mit einem Abtreiben des

deutschen Arbeiters ins Fahrwasser des Kommunismus. Wenn er in diesem Sinn den „Osten“ gegen den „Westen“ ausspielte, so war das kein Bekenntnis zum Osten, sondern ein taktisches Manöver, dessen Nützlichkeit gar nicht zu bezweifeln ist. Seine wahre politische Haltung wird aus einer Broschüre „Deutschland zwischen West und Ost“ deutlich, welche die Gestapo später unter seinen Papieren fand und über die ich einen Polizeibericht im Archiv des amerikanischen Kriegsministeriums in Washington entdeckt und gelesen habe. Hier wird von der unbedingten Notwendigkeit gesprochen, ein Gleichgewicht der großen Mächte in Europa zu erhalten und ein einseitiges Übergewicht des bolschewistischen Rußland im Interesse der abendländischen Kultur zu verhüten. „Dem Bolschewismus gegenüber“ heißt es da, „ist England in Europa der einzige Gegenspieler. Die englische Politik im Sinn eines zweiten Versailles ist falsch. Deutschland bleibt in Europa immer noch die zweitstärkste Macht. Sie muß von England gegen Rußland ausgespielt werden. Die einzige Möglichkeit dazu ist ein ehrenvoller Friede ohne Besetzung, ohne Gebietsabtretung, Kriegskontributionen, ohne politische Einkreisung und wirtschaftliche Fessel. Einer solchen Lösung steht lediglich die englische Mentalität entgegen, die Deutschland als unverbesserlich aggressiv betrachtet. In Wirklichkeit hat erst der Friede von Versailles den Gedanken an eine Aggression hervorgerufen. Ein ehrenvoller Friede schließt daher die Kriegsmöglichkeit auf lange Zeit aus. Sicher liegt der Widerstand gegen eine solche Lösung hauptsächlich bei den Leuten, die nicht einsehen wollen, daß England gegenüber den USA eine Macht zweiten Ranges geworden ist.“

Das sind ungefähr dieselben Gedanken, die ich selbst im November 1942 und Sommer 1943 ausführlich mit Trott zu Solz erörtert habe. Ich fand ihn damals tief beunruhigt durch die geradezu grotesken Vorstellungen von deutschem „Militarismus“ und unausrottbarem Eroberungsdrang — auch bei den Militärs, die zur Opposition gehörten — die er in der englischen Publizistik und Kriegsliteratur, aber auch in den Reden britischer Staatsmänner immerfort auftauchen sah. Im Herbst 1943 benutzte Trott eine Dienstreise nach Schweden, um mit englischen Freunden in Verbindung zu treten und zu ermitteln, ob von London her noch irgendwelche politische Unterstützung der deutschen Widerstandsbewegung zu erhoffen wäre. Das Ergebnis war abermals tief enttäuschend. Unter diesen Umständen schien es unvermeidlich, daß mindestens ein Versuch gemacht wurde zu erkunden, wie es mit Stalins Friedensbereitschaft stand. Trott zu Solz und Graf Schulenburg, der frühere Botschafter in Moskau, waren genau orientiert über die geheimnisvollen Angebote eines Sonderfriedens an die Hitler-Regierung, die Peter Kleist aus Stockholm mitgebracht hatte. Beide hatten schon im Dezember 1942, als sie zum ersten Male davon hörten, sofort geäußert, „wir müssen jeder auch noch so ungewissen Möglichkeit nachgehen, die sich uns bietet.“ Auch der frühere Botschafter von Hassell, der zur bürgerlichen Rechten gehörte, stimmte ihnen zu. Tatsächlich wurde der Plan, eine Verbindung mit Moskau anzuknüpfen, im Spätsommer und Herbst auch von der rechtsstehenden Verschwörergruppe ernsthaft erwogen. Goerdeler fragte Schulenburg über Stalins Charakter aus und ob er an die Möglichkeit einer Verbindung mit den Sowjets glaube. Die Antwort war: Stalin sei ein kalter Rechner; das Ergebnis etwaiger Verhandlungen hänge davon ab, was man ihm bieten könne. Goerdeler verstand ihn so, daß der Botschafter die Verständigungsmöglichkeit überraschend hoch einschätze.

Mißtrauen der deutschen Oppositionsführer

Um diese Haltung zu begreifen, muß man wissen, daß gerade eben, im September, die russische Seite durch Peter Kleist den Wunsch geäußert hatte, den Leiter der Europa-Abteilung ihres Außenkommissariats Alexandrow mit Graf Schulenburg ein ernsthaftes Friedensgespräch über die uns schon bekannten Friedensbedingungen führen zu lassen. Dieser war also sehr zuversichtlich. Wenn man von drüben schon solche Angebote an die Hitlerregierung machte: wieviel leichter müßte es dann sein, einen Sonderfrieden für eine neue, weit vertrauenswürdigeren Regierung zu erlangen! So stellte er sich jetzt Goerdeler zur Verfügung und erklärte sich bereit, sich durch die deutschen Kampflinien durchschleusen zu lassen, um mit Stalin ins Gespräch zu kommen. Nach der Aussage eines seiner Mitarbeiter erhielt der Generalstabschef eines deutschen Arme-

korps im Osten den Auftrag, die Möglichkeit eines Durchsturens durch die russische Frontlinie zu erkunden.

An diesem Plan scheint der Botschafter ziemlich lange festgehalten zu haben. Noch im Dezember, offenbar ohne jede Kenntnis des Verlaufs der Konferenzen von Moskau und Teheran, hat er sich zu Hassell-sehr optimistisch über seine Aussichten bei Stalin geäußert. Gleichwohl ist das gewagte Unternehmen schließlich unterblieben. War es technisch undurchführbar? Erschien es zuletzt doch zu abenteuerlich? Oder erhoben sich politische Widerstände dagegen? Ich vermag es nicht mit Sicherheit zu sagen. Nach den späteren Ermittlungen der (in diesem Punkt zuerst sehr mißtrauischen) Gestapo war die ganze Widerstandsgruppe darin einig, erstens: daß auf die Dauer mit den Bolschewisten keine fruchtbare Zusammenarbeit möglich sei, sondern nur mit dem Westen; zweitens: daß die gewaltig anwachsende Macht der Sowjets eine so große Gefahr für Mitteleuropa bedeute, daß wir nur in Verbindung mit England und den Vereinigten Staaten hoffen dürften, uns ihrer zu erwehren. Über die Haltung der Seydlitz-Gruppe dachte auch Stauffenberg sehr kritisch; irgendeine Verbindung zum Moskauer Nationalkomitee, das man für „bolschewistisch infiziert“ hielt, hat niemals bestanden.

In der Tat zeigt das Schicksal der Seydlitzgruppe handgreiflich wie aussichtslos jedes Bemühen war, durch Anpassung an russische Wünsche für Deutschland irgendeine Sicherung der deutschen Zukunft, zu erreichen. Es ist den Generälen um Seydlitz niemals gelungen — trotz aller Willfähigkeit gegen russische Wünsche — irgendeine Zusicherung der Moskauer Machthaber zu erlangen, daß Deutschland eine für seine Zukunft erträgliche Ostgrenze erhalten würde. Man hat ihm für den Friedensschluß überhaupt nichts zugesichert. Und schon vor dem 20. Juli 1944 seit die britisch-amerikanische Kriegshilfe endlich praktisch wirksam wurde, hat man diese ganze „Freiheitsbewegung hinter Stacheldraht“ mehr oder weniger fallen lassen. So hat sich das Mißtrauen der deutschen Oppositionsführer gegen Stalins Feindespläne nachträglich durchaus bestätigt.

Gegen Ende des Jahres 1943 scheinen sie sich darauf geeinigt zu haben, vor vollzogenem Umsturz keine Verbindung mit Moskau zu suchen, wohl aber unmittelbar nach dem Fall Hitlers diplomatische Verbindungen sowohl nach Osten wie nach Westen aufzunehmen, um dabei die inneren Gegensätze unserer Kriegsgegner gegeneinander auszuspielen. Goerdeler setzte seine Hoffnung darauf, daß die Westmächte sich formell noch nicht verpflichtet hätten, große Landerwerbungen der Sowjets, ein Vorschieben ihrer Grenzen weit nach Westen zuzulassen, ja daß der britisch-russische Allianzvertrag von 1942 territoriale Eroberungen förmlich ausschloß. Daß trotz alledem das Schicksal Deutschlands in Moskau und Teheran bereits besiegelt war, ahnte er nicht. Erst im Frühjahr 1944 ist den Verschwörern aus neuen Auslandsnachrichten allmählich klar geworden, daß die Westmächte bedingungslose Kapitulation nach beiden Seiten, auch nach der russischen hin, forderten. Wenn sie sich dennoch zum Gewaltstreich des 20. Juli entschlossen, so geschah es in der verzweifelten Hoffnung, daß ein rasches Kriegsende, ehe die rote Armee die deutsche Ostgrenze überschritt, unser Schicksal immer noch gnädiger gestalten würde als ein Weiterkämpfen bis zum Eindringen der Russen in Berlin. Zugleich und vor allem aber in der doppelten Erwägung, daß Deutschlands Ehre erfordere, sich selbst von seinem Tyrannen zu befreien und daß es ein Verbrechen wäre, das Leben auch nur eines Soldaten noch unnützlich zu opfern, nachdem es einmal feststand, daß der Krieg unwiderwärtlich verloren war.

Anmerkung

Sir Roger Makins, Britischer Botschafter in den Vereinigten Staaten seit 1953, stellvertretender Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1948—52.

D. Dr. Dr. Gerhard Ritter, ordentlicher Professor an der Universität Freiburg i. Br., geb. 6. 4. 1888 in Bad Sooden-Allendorf.

Berichtigung: In der letzten Ausgabe S. 649 unten muß es heißen: Nun hat es innerhalb der Verschwörung selbst ehemalige Nationalsozialisten gegeben, wie den Grafen Helldorf und den Abteilungsleiter im Reichssicherheitshauptamt Nebe, und von Popitz und seinem Freunde Langbehn aus ist sogar versucht worden, Fäden zu Himmler zu spinnen.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Paul Bausch: „Freiheit zum Unglauben“
- Chester Bowles: „Frischer Wind in unserer Asienpolitik“
- Dieter Ehlers: „Die Methoden der Beck-Gördeler-Verschörung“
- Walter Ehrenstein: „Die Mitarbeit der Schule gegen den Massengeist“
- Helmut Gollwitzer: „Einheit und Reformation der Kirche“
- George F. Kennan: Das amerikanisch-russische Verhältnis
„Rückschau“
- Roland Klaus: „Nicht gestern, Freund, morgen!“
- Michael Schmaus / Thomas Sartory: „Das Wesen der Kirche in Katholischer Sicht“
- Carlo Schmid: „Deutschland und Frankreich“
- Theodor Schieffer: „Des Winfrid Bonifatius geschichtliche Sendung“
- Kurt Sendtner: „Die militärische Widerstandsbewegung vom Ausbruch des 2. Weltkrieges bis zum Beginn des Westfeldzuges“
- Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“
- „„ „„ „Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reiches“
- Paul Wentzcke: „Vom Stammbaum und Schicksal deutscher Farben“
-
-